

offen-siv

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

5/2014

Spendenempfehlung: 2,00 €

Ausgabe Juli-August 2014

Redaktionsnotiz.....	3
Aktuelles.....	5
<i>Frank Flegel</i> : Berlin isst heute sein Eintopfgericht.....	5
<i>Irene Eckert</i> : Brecht hat Recht! Solidarität mit den Opfern der NATO-Aggressionen üben – Zusammenhänge begreifen!.....	7
Die Pazifik-Region, der Konflikt China-Vietnam.....	13
<i>Gerhard Feldbauer</i> : Zur militär-strategischen Lage in der Pazifik-Region.....	13
Imperialismus, Faschismus, Sozialismus.....	19
<i>Irene Eckert</i> : Russlands Geschichte anders betrachtet.....	19
Nach der Europawahl.....	38
<i>ZK der KKE</i> : Erklärung zur Haltung der Partei im Europäischen Parlament.....	38

Beiträge zum 65. Jahrestag der Gründung der DDR.....	42
<i>Red. offen-siv</i> : Vorbemerkung.....	42
<i>Gerhard Schiller</i> : Die Spaltung Deutschlands.....	42
Diskussion zu Ingo Wagner.....	51
<i>Fritz Dittmar</i> : Herrn Ingo Wagners Umwälzung des Leninismus.....	51
<i>Harald Specht</i> : Woran die Debatte um „Stalinismus“ und „Antistalinismus“ unter marxistisch orientierten Verfechtern des Sozialismus in Theorie und Praxis noch krank.....	55
Buchbesprechungen.....	57
<i>Gerhard Feldbauer</i> : „Ausbruch“. Ein spannender Krimi von Dominique Manotti über die Roten Brigaden.....	57
<i>Mütter gegen den Krieg</i> : Brigitte Queck: Die Ukraine im Fokus der NATO – Russland das eigentliche Ziel.....	60
Nachtrag zum Sonderheft 4-2014.....	61
<i>Red. offen-siv</i> : Informationen zu den Autoren Grover Furr und William B. Bland.....	61

Impressum

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Reichenau.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Postadresse: Redaktion Offensiv, Frank Flegel, Egerweg 8, 30559 Hannover,

Tel.u.Fax: 0511 – 52 94 782, Mail: redaktion@offen-siv.com, Internet: www.offen-siv.net

Spendenkonto:

In- und Ausland: Konto Frank Flegel,

IBAN: DE10 2505 0180 0021 8272 49, BIC: SPKHDE2HXXX;

Kennwort offen-siv.

Redaktionsnotiz

In diesem Heft geht es vor allem um die aktuelle Weltlage, d.h. um Koalitionen, Bruchlinien und Widersprüche der imperialistischen Hauptmächte und ihrer Entwicklungen, - und darum, was das für Friedensbewegte, Linke und Kommunisten/innen bedeutet.

Und da Aktuelles selten ohne Geschichtliches zu klären ist, kommen natürlich auch historische Linien vor.

So untersucht Irene Eckert in zwei Artikeln die Frage des Zusammenhanges der imperialistischen Aggressionen mit dem Handeln der Angegriffenen und der aktuellen Situation der Linken bei uns im Lande und empfiehlt Einiges an Literatur zum besseren Verständnis der Hintergründe. Gerhard Feldbauer gibt einen profunden Überblick über die imperialistischen Konstellationen in der Pazifik-Region. Und Gerhard Schiller vermittelt uns Eindrücke über den Prozess der Spaltung Deutschlands von 1945 bis 1949.

Zu dem Thema Spaltung Deutschlands und Gründung der DDR werden wir Ende Juli/Anfang August ein Sonderheft von Erich Buchholz veröffentlichen. Wir bringen diese Thematik jetzt, weil der 65. Jahrestag der Gründung der DDR (7. Oktober 2014) näher rückt.

Wo wir gerade beim Thema „Sonderhefte“ sind: wir sind optimistisch, ein zweites Sonderheft mit Quellen, Dokumenten und Texten zur Geschichte des Sozialismus und der Sowjetunion auflegen zu können, wie schon in Heft 4-2014 angedeutet u.a. über Katyn, Bucharin und Jeschow. Unsere Bitte um Spenden hat bereits etwas mehr als zwei Drittel der dafür notwendigen finanziellen Mittel zusammengebracht, d.h. wir liegen aktuell (zweckgebundenen Spenden für dies Projekt) bei etwas über 800,00 Euro. Benötigt werden rund 1.200,00 Euro. Also noch eine kleine Anstrengung – dann haben wir es geschafft. Zweckgebundene Spenden bitte auf das unten angegebene Spendenkonto mit dem Zusatz: „Sonderheft Geschichte der UdSSR“. Wir sagen jetzt schon herzlich „Danke“ für Eure Unterstützung!

Die bei uns großen Respekt und Bewunderung hervorrufende Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) hat sich eindeutig bezüglich der „Europäischen Linkspartei“ und der Fraktion „Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke“ geäußert. Wir bringen die diesbezügliche Erklärung des Zentralkomitees in vollem Umfang.

Nicht in vollem Umfang wird in diesem Heft die Diskussion um Ingo Wagners Artikel „Der Weg für die abermalige Herausbildung einer einflussreichen marxistischen Partei in Deutschland heute“, den wir in Heft 3-2014 publiziert hatten, geführt. Wir

bringen hier zwei Artikel, der eine von Fritz Dittmar ist eine direkte Replik auf Ingo Wagner, der zweite von Harald Specht versucht einen philosophisch-methodologischen Blick auf die Debatte zu werfen. Selbst wollen wir, erstens, weil es wichtige Fragen zu klären gibt wie die des Wahrheitsanspruches unserer wissenschaftlichen Weltanschauung, die des Klassenkampfes und der Rolle des Revisionismus, die der Einschätzung der Geschichte, auch die der Frage nach der Ökonomie (Planwirtschaft und Sozialismusaufbau), aber zweitens auch, weil die offen-siv von Ingo Wagner scharf angegangen wird, umfangreicher und genauer Stellung nehmen, aber das wird erst in der Ausgabe September-Oktober 2014 so weit sein.

Zwei Buchbesprechungen und ein Nachtrag zum ersten Sonderheft zur Geschichte der Sowjetunion schließen das Heft ab.

Wir hatten im genannten Heft leider versäumt, die Autoren Grover Furr und William B. Bland vorzustellen, das holen wir hier nach.

Bleibt zum Schluss dieser Redaktionsnotiz nur noch der Hinweis, dass Zeitungsmachen Geld kostet, leider wird fast alles teurer. Wir agieren permanent an der ökonomischen Grenze.

Wir brauchen Eure Unterstützung, ohne Euch und Eure Spenden geht nämlich gar nichts, die offen-siv hat keine anderen Finanzquellen, sie hängt einzig und allein von ihren Leserinnen und Lesern ab.

Denkt also bitte an das Spendenkonto!

Redaktion offen-siv, 3. Juli 2014

Spendenkonto offen-siv:
Konto Frank Flegel,
(IBAN): DE 10 2505 0180 0021 8272 49,
(BIC): SPKHDE2HXXX;
Kennwort: „offen-siv“.

Aktuelles

Frank Flegel: Berlin isst heute sein Eintopfgericht

In diesem Artikel geht es um die Fußball-Weltmeisterschaft. Ich habe die über 80 Jahre alte Parole der Hitlerfaschisten als Titel gewählt, weil sie die widerliche Art, wie diese Fußball-Weltmeisterschaft zum Verkleistern aller Gegensätze und zur Einstimmung auf die große deutsche Volksgemeinschaft genutzt wird, bestens wiedergibt. „Berlin isst heute sein Eintopfgericht“ war ein Programm der NSDAP, um - nicht nur in Berlin - „deutsche Volksgemeinschaft“ durch gemeinsames Handeln des „deutschen Volkes“ für seine angebliche eigene Wohlfahrt einzutrainieren¹. Zweck und Ende sind in diesem Falle bekannt.

Dass wir während dieser Fußball-Weltmeisterschaft - was die Massenkultur angeht - gerade Ähnliches erleben und demgemäß Zweck und Ende auch bekannt sein könnten, gerät unter den flatternden schwarz-rot-goldenen Fähnchen, Autospiegel-Überziehern, Hütchen, Käppchen, Schmink-Köffchen, public-viewings, Ramba-Zamba do Brasil usw. aus dem Blick. (*„Wir sprechen heute Nachmittag darüber, wie Sie sich auf unser Spiel heute Abend vorbereiten – rufen Sie uns an“* – so zurzeit fast jede zweite Rundfunkanstalt in Deutschland.)

„Rassel, Ratsche und Drei-Ton-Trillerpfeife werden zum Muss wie das dreifarbige Fähnchen an Traktor, Auto, Brummi, Müllwagen, Rollstuhl. Auch am gepanzerten

¹ Spiegel-online schrieb zum „Eintopfsonntag“ („Braune Suppe, dicke Brocken“, von Ernst Piper, 26.10.2008): „Es war sozusagen ein Volks-Fest: Am 1. Oktober 1933 feierte Deutschland zu ersten Mal den von den Nazis erfundenen "Eintopfsonntag". Alle deutschen "Volksge-nossen" waren angehalten, an diesem Tag bei sich zu Hause ein Mittagmahl aufzutischen, das nicht mehr als 50 Pfennige pro Person kosten sollte. Aber der Eintopfsonntag wurde nicht nur daheim und in den Gaststätten durchgeführt. Auch ganz demonstrativ in der Öffentlichkeit wurde Sparsamkeit zelebriert. An belebten Orten wie etwa dem Potsdamer Platz in Berlin wurden lange Tischreihen aufgestellt, daneben stand die Gulaschkanone. Ein Transparent verkündete "Berlin isst heute sein Eintopfgericht". Prominente wie Hitlers Propagandaminister Joseph Goebbels oder die Filmschauspielerin Luise Ullrich liefen mit der Sammelbüchse durch die Reihen und forderten Spenden ein für das "Winterhilfswerk" der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt. Die Aktion wurde mit großem Aufwand propagiert, denn sie sollte sichtbar machen, dass die Idee der "nationalsozialistischen Volksgemeinschaft", in die sich jeder Deutsche einzuordnen hatte, unter den Nazis Wirklichkeit zu werden begann.“

Fahrzeug in Afghanistan, Kosovo und Mali leuchten die Farben in der Sonne. Einig Vaterland global.“²

Nicht mitmachen ist inakzeptabel („oder sind Sie etwa Fußballmuffel?!“ – Radio NDR 2), genauso wenig wie Zweifel am Sieg („...das wollen wir doch nicht hoffen“ – Radio NDR 1). Mehrere Konzerne lassen die Spätschicht früher enden und die Nachtschicht später beginnen (so beispielsweise VW und die Salzgitter-AG), einige lassen die Nachtschicht sogar ganz ausfallen (wie z.B. Audi in Ingolstadt), damit die Belegschaften sehen können, wie „wir“ im Achtelfinale spielen. Wenn es um die blinde Identifikation mit nationalistischer Aggressivität geht, sind die Konzernherren selbstverständlich großzügig. Wenn unsere „Jungs“ siegen, sind WIR als Volksgemeinschaft stellvertretende Mit-Sieger. WIR wollen halt Weltmeister werden.

„Wer ist `Wir´?“ fragt Gerhard Polt und antwortet: „Ich nicht!“

Ein kleines Beispiel für die unglaubliche Verdrehung der Verhältnisse: In Hannover gab es einige - wahrscheinlich Spontis oder Autonome -, die Deutschlandfahnen von den Autos entfernt und einen Handzettel unter die Wischerblätter geklemmt haben mit dem Inhalt: „Was auch immer Sie mit der Fahne wollten, sie produziert auf jeden Fall Nationalismus, deshalb haben wir sie entfernt“. Sicherlich ist das keine sinnvolle politische Aktion. Ich erwähne sie hier nur, weil die Reaktion der führenden Hannoverischen Tageszeitung, der HAZ, symptomatisch war: Die schrieb nämlich – ziemlich weit hochgehängt, nämlich auf der ersten Seite des Hannover-Teils, dass diese Leute sich in ihrem Hass auf die schwarz-rot-goldene Fahne genauso verhielten wie die Faschisten früher, denn erstens wäre so etwas ja Diktatur, wenn man nicht mehr frei seine Meinung äußern dürfe und zweitens hätten die Faschisten diese Fahne auch schon immer gehasst, weil sie ja die republikanische Fahne war. Dieser aktuelle, fröhliche Patriotismus sei doch eher liebenswert.

So kann man die Dinge verdrehen. Es grenzt an Gehirnwäsche.

Während dieser Phase, in der „...sich Arm und Reich, Jung und Alt, Arbeiter und Unternehmer, Menschenhändler und Tagelöhner in den Armen (liegen)...“³, fordert die deutsche Kriegsministerin mehr internationale bewaffnete Einsätze der Bundeswehr, sekundiert ihr der Pfarrer im Amt des Bundespräsidenten mit den Worten, dass es „im Kampf für Menschenrechte“ manchmal erforderlich sei „auch zu den Waffen zu greifen“, wird die Anschaffung bewaffneter Kampfdrohnen für die Bundeswehr beschlossen, werden die Langzeitarbeitslosen, Zeitungsausträger/innen, Saisonarbei-

² Raoul Wilsterer: „Alles so schön bunt hier“; in: Melodie und Rhythmus, Ausgabe Juli 2014.

³ ebenda

ter/innen und Praktikanten/innen vom Mindestlohn ausgenommen – und man darf gespannt sein, was noch kommt.

Aufruhr wegen der Kriegstreiberei? Nein. Solidarität mit den rund drei Millionen vom Mindestlohn Ausgegrenzten? Kaum. Solidarität wird zurzeit umdefiniert: Durch das „Schmücken“ unserer Wohnstuben, unserer Autos, Fahrräder, Vorgärten, Fahnenstangen in Schwarz-Rot-Gold und den Einsatz von Schminke und Fanartikeln am eigenen Körper zeigen wir nämlich laut NDR 1 vom 30.6.2014 „unsere Solidarität mit der deutschen Nationalmannschaft“. Das hat die Moderatorin wirklich gesagt: „Unsere Solidarität mit der deutschen Nationalmannschaft“! Von Solidarität mit den sich gegen die Faschisten wehrenden Menschen in der Ostukraine, mit den sich gegen ihre prekären Lebensverhältnisse wehrenden Textilarbeiterinnen in Südostasien, mit den vom israelischen Terror betroffenen Palästinensern vor allem im Gazastreifen, mit dem vom Imperialismus überfallenen Syrien, mit dem permanent von rechts angegriffenen revolutionären Prozess in Venezuela oder wenigstens mit den bei uns Benachteiligten - ist eher nicht die Rede.

„Grölend das Schweigen üben,...“⁴

Die konterrevolutionäre Funktion dieses Fußball-„Festes“ ist kaum zu überschätzen.

Frank Flegel

Irene Eckert: Brecht hat Recht! Solidarität mit den Opfern der NATO-Aggressionen üben – Zusammenhänge begreifen!

Immer mehr Beweise werfen Licht auf die finsternen Kräfte, die von den NATO-Mächten seit Jahren in unserem Namen gesponsert werden. Erinnern wir uns an die Unterstützung für die Volks-Mujahedin gegen die Sowjets in Afghanistan, an die Schulung der Taliban an Hand von Koranexemplaren aus den USA.

In der Ukraine, in Syrien, im Irak, in Libyen, in Afghanistan, in Ägypten, in Mali, Nigeria und im Sudan. Wohin wir auch schauen, sehen wir die Kräfte der Zerstörung am Werk. Denken wir an die Jahrzehnte andauernde, himmelschreiende, völkerrechtswidrige Politik Israels gegenüber seinen Nachbarn. All dies wäre nicht möglich

⁴ ebenda

ohne die Rückendeckung derselben tonangebenden Mächte, allen voran ihrer 'Leadnation'⁵ und deren allgegenwärtigen Diensten.

Es ist höchste Zeit, dass wir die Verursacher der Misere beim Namen nennen. Daraus folgt, dass wir den Widerstand leistenden Menschen in der Ukraine, in Syrien, in Palästina und überall dort, wo 'unsere Staatsraison' die Aggressoren direkt oder indirekt unterstützt, SOLIDARITÄT BEKUNDEN. Ihr Widerstand nützt letztlich auch uns. Wir müssen den antikolonialen Kräften den Rücken stärken und wir können das auch. Den Widerstand gegen das kämpfende vietnamesische Volk haben die aufgeklärten Menschen der Welt einst mit Kräften unterstützt. Auch Nicaragua wurde im Kampf gegen die „Kontras“ noch Solidarität zuteil, bis die Gegenpropaganda griff.

Heute scheint es - dank des Erfolgs eben dieser Gegenpropaganda - schwierig zu erkennen, dass der Widerstand gegen die neokoloniale Aggression, denn genau darum handelt es sich flächendeckend noch immer, im Interesse der ganzen Menschheit liegt. Diese Einsicht ist aber unvermeidbar. Ob in Afghanistan, ob im Irak, ob im Nahen Osten, ob auf dem schwarz-afrikanischen Kontinent, ob in der Ostukraine, Widerstand gegen die von außen gesteuerte Aggression ist für die Völker der Welt überlebensnotwendig.

Was können wir tun? Anstatt begriffs- und fassungslos auf die faschistische Brutalität zu starren, die unsere Medien zynischer Weise der Opferseite anlasten, müssen wir die Verursacher bei ihrem wahren Namen nennen. Sie verstecken sich heute hinter Islamofaschisten. Vor allem seit 9/11 heucheln sie den Kampf gegen den Terrorismus, der ihre hauseigene Züchtung ist. Es sind die Islamo-Terroristen, eben Söldnerbanditen, die immer wieder mit neuen Namen aus der Taufe gehoben werden. Heute ISIS im Irak und Boko Haram in Nigeria, gestern Taliban und Al Quaida und morgen?

⁵ Die **US-Amerikaner** bezeichnen sich selbst als '**Leadnation**', als Führungsnation im NATO-Bündnis. Nun gaben die Vereinigten Staaten gewiss 1776 mit ihrer Gründungsurkunde einmal ein führendes Beispiel und inspirierten die Welt mit einem der wirkungsmächtigsten Dokumente der demokratischen Staatsphilosophie. Bedeutende Staatsmänner und Denker standen Pate, so Thomas Jefferson, Benjamin Franklin, Tom Paine. Das Land hatte einst bedeutende Präsidenten wie Abraham Lincoln, Woodrow Wilson, Franklin D. Roosevelt, die Kennedy Brüder und vielleicht noch Jimmy Carter. Demokratiegeschichtlich und friedenspolitisch wichtige Denker und Dichter gab es einst auch, so Ralph Waldo Emerson, David Henry Thoreau, Walt Whitman. Aber wo steht das Land denn heute? Auf wen außer auf Noam Chomsky kann sich ein Friedensfreund noch berufen? Und Chomsky wird in den USA unter dem Ladentisch gehandelt. Gewiss gibt es noch Gelehrte wie Norman G. Finkelstein, aber sie bekommen kein Amt. Das Andere Amerika ist leider so wenig bekannt bei uns, wie wir uns unsere eigenen großen Denker und unsere eigene Demokratiegeschichte aus den Augen verlieren. Das muss sich wieder ändern.

Diese PseudoIslamisten, in Wahrheit Terroristen, die die SA-Banden von damals längst in Sachen Brutalität und Gnadenlosigkeit in den Schatten stellen, haben nicht das geringste mit dem Islam zu tun. Sie haben so wenig mit dem Islam zu tun wie der National'sozialismus', den dieselben Kräfte an die Macht gebracht haben, mit Sozialismus zu tun hatte oder der Zionismus etwa mit Judentum. Das gilt es zu erkennen. Die Schöpfer solcher Monsterbabies sind jene, die Weltherrschaft wollen, weil sie die Reichtümer der Erde für sich alleine beanspruchen. Ihre Tage sind immerhin gezählt, ihre ökonomische Machtbasis zerfällt mit jedem Tag sichtbarer. Diese antischöpferischen Kräfte ahnen wohl, dass sie von der Bühne der Geschichte verdrängt werden. Umso rücksichtsloser handeln sie in ihrem Todesabwehrkampf. Die Verwirrung der Menschheit mithilfe der Kreation immer neuer Handlanger, die ihnen zu traurigen Diensten stehen, scheint fast ihr einziges Allheilmittel. Wir aber, ihre potentiellen Opfer, wir, die wir uns gegen Ausplünderung und Versklavung stellen, wir müssen ihr düsteres Spiel durchschauen. Wir dürfen ihren Sprachspielereien, mit deren Hilfe sie unsere Gedanken zu steuern suchen, nicht auf den Leim gehen.

Wir müssen uns zu jenen bekennen, die mit Hilfe der Waffe des Völkerrechts Widerstand leisten. Wer den Frieden herbeisehnt und ein Ende der Ausplünderung nationaler Ressourcen, muss die inzwischen längst wieder positive Rolle Russlands in diesem Machtkampf aufzeigen. Wir, die wir nur scheinbar zum Zuschauen verdammt sind, müssen uns auf die Seite der Überfallenen, der Unterdrückten stellen. Von Nationen wie Russland können wir Diplomatie lernen. Anhand der Strategie des kriegsgeplagten russischen Volkes können wir erkennen, was man trotz relativer Schwäche zu tun vermag. Unsere Aufgabe ist es, uns in erster Linie gegen die Wahrheitsverdreher zu wenden. Wir müssen Stellung beziehen gegen jene Propaganda-Medien, die die wahren Verhältnisse auf den Kopf stellen. Wir müssen aufbegehren gegen jene, die uns die Lüge als Leckerbissen darboten.

Es gilt dagegen, unseren Einspruch geltend zu machen. Wir sind längst nicht so schwach, wie es manchmal scheinen mag. Die Mehrheit unserer Landsleute ist auf unserer Seite, trotz der medialen Dauerhetze. Das immer hysterischer werdende mediale Dauerfeuer ist Ausdruck ihrer Schwäche, nicht ihrer Stärke.

Die Welt hat sich gegenüber 1914 und auch gegenüber 1939 beträchtlich verändert. Der Faschismus ist heute in der Defensive. Umso rabiater schlagen seine Adepten um sich. Sie kämpfen allerdings einen verzweifelten, aussichtslosen Totenkampf. Die Kräfteverhältnisse haben sich - entgegen dem Anschein - entschieden zugunsten der Friedenskräfte in der Welt geändert. Das kommunistisch regierte China⁶, das bevölke-

⁶ Es führt kein Weg daran vorbei, sich mit China eingehend zu befassen. Das Land holt in der Tat den Kapitalismus nach, in den es vom Feudalzeitalter in den Sozialismus springend, den

rungsreichste Land der Erde, ist im Begriff, die Wirtschaftsmacht Nummer 1 zu werden. Die große und geschichtsbewusste Kulturnation hat mit dem rohstoffreichen Russland, dem flächenmäßig größten Land der Welt über 40 Handelsabkommen abgeschlossen. Der lateinamerikanische Kontinent setzt unter dem CELAC-Siegel gegen die imperiale Vorherrschaft der USA ein Friedenssignal. Selbst auf dem geschundenen Kontinent Afrikas gibt es starke gegen den Strom schwimmende Kräfte, etwa in Südafrika und Simbabwe, trotz aller auch dort vorhandenen Widersprüche. Die Schwächung des aufstrebenden Kontinents durch die Beseitigung eines unabhängigen Libyen ändert nichts daran, dass die antiimperialen Gegenkräfte nicht schlafen. Niederlagen dienen der Sammlung neuer Kräfte.

Auch wir Allerweltmenschen sind gefordert uns zu sammeln, uns zu besinnen und vor allem nicht zu verzweifeln. Ihre Chance ist unsere Hoffnungslosigkeit. Diese Chance müssen wir ihnen vereiteln. Sie tippen darauf, dass wir die herrschenden Zustände für alternativlos halten, nach Margret Thatchers Motto TINA.⁷ Halten wir also dagegen. Spucken wir in ihre trübe Suppe. Halten wir nach Gleichgesinnten und Verbündeten Ausschau, nach Menschen und nach Nationen(!), die dem Völkerrecht und dem Frieden verpflichtet sind.

Danken wir vor allem jenen mutigen Vorstreitern aus allen politischen Lagern, die öffentlich Flagge zeigen. Danken wir solchen Politikern wie Sevim Dagdelen und Sahra Wagenknecht, Jürgen Todenhöfer, Willy Wimmer und Peter Gauweiler⁸. Sol-

Rückwärtsgang einlegend, nach dem Leninschen Motto „Zwei Schritte vorwärts einer zurück“, vorübergehend und nur halbwegs zurückgeglitten ist. Die Führung ist die einer langfristig planenden kommunistischen Partei, die aus den Fehlern der Vergangenheit lernend die Zukunft zu gestalten sucht. Das 1,4 Milliarden Volk kann heute seine Menschen ernähren und ist auf dem Weg zu einem, wenn auch in weiten Teilen noch sehr bescheidenen Wohlstand, der eben derzeit große Disparitäten aufweist, derer sich die Führungsmannschaft allerdings wohl bewusst ist. China-Bashing ist konterproduktiv. Verstehen ist angesagt.

⁷ THERE IS NO ALTERNATIVE – Es gibt keine Alternative zum Neoliberalismus, sprich zur kapitalistischen Ausplünderung, verkündete Frau Thatcher regierungsmäßig als Chefin der einstigen Kolonialmacht Großbritannien.

⁸ MdB Dr. Peter Gauweiler hat am 4. Juni 2014 in der Helmut-Schmidt-Universität/ Universität der Bundeswehr Hamburg auf Einladung der Fakultät für Wirtschaft und Sozialwissenschaften über „Souveränität, Bündnisloyalität und mehr Verantwortung in der Welt: Sinnhaftigkeit und Grenzen von Bundeswehreinsetzungen im Ausland“ gesprochen. Die Einladung und Themenstellung durch das Institut für Internationale Politik der Universität gingen dabei von folgender Vorgabe aus: „Deutschland ist eines jener Länder, die sich in besonderer Weise zur Entwicklung und Festigung des Völkerrechts und anderer Normsetzung in den internationalen Beziehungen auf Basis grundlegender Vorgaben des Grundgesetzes bekennen. Zugleich verstehe es

cher Dank heißt natürlich keinesfalls, dass wir uns Illusionen hingeben dürfen über die parteipolitische Landschaft in unserer Republik und ihrer positiven Wandlungsfähigkeit. Die Politik wird in sämtlichen Parteien - einschließlich der Partei der Linken - manipulativ von Seiten des Führungspersonals definiert, zum Teil sogar gegen ihre eignen programmatischen Aussagen. Wenn wir also etwa Willi Wimmer für sein seit 1999 sichtbar gewordenes Antikriegs-Engagement danken, so wundern wir uns doch über die positive Rolle, die er Helmut Kohl als Friedenskanzler zuspricht. Wenn wir Peter Gauweilers Einspruch gegen die offene Kriegsbefürwortung unseres unheilvollen Präsidenten würdigen, so unterstützen wir noch lange nicht sein sonstiges Engagement als CSU-Politiker. Wenn wir Todenhöfers bedeutungsvolle Bücher und seine Einsätze in den Kriegszonen Afghanistans und im Irak begrüßen und vor allem seine jüngste Forderung nach Ächtung des Krieges in der Mainzer Zeitung unterstützen, so haben wir damit nicht seine Rolle als CDU-Politiker in der Vergangenheit vergessen und übersehen auch nicht manche seiner Widersprüche und Inkonsequenzen. Wir müssen uns auch nicht wie Sahra Wagenknecht und Sevim Dagdelen mit den Widersprüchen befassen, die für diese Frauen mit ihrer Parteimitgliedschaft verbunden sind. Aber wir wissen ihren mutigen Einspruch gegen die Positionierungen ihrer Parteiführung sehr zu schätzen und wollen sie darin bestärken. Diese profilierten Individuen brauchen im Zweifel genauso unsere Solidarität, wie jeder der gegen den Strom schwimmt. Jeder, der ausschert, wird doch bekanntermaßen an den Pranger gestellt und das genau dürfen nicht unwidersprochen geschehen lassen. Danken wir also all jenen Mitbürgern, die sich öffentlich gegen die kriegstreiberischen Gauck-Reden und

sich als Teil der westlichen Wertegemeinschaft. Eine Reihe von Ereignissen in den vergangenen zwei Jahrzehnten haben das prekäre Verhältnis Grundgesetz, Völkerrecht, staatliche Souveränität und Bündnisloyalität besonderen Belastungen ausgesetzt.“ Als Beispiel wurden dabei unter anderem die praktische Umsetzung des Irak-Kriegs und die zeitweise Unterstützung der Operation „Enduring Freedom“ in Afghanistan genannt. MdB Dr. Gauweiler legte seinem Vortrag die These von Bundespräsident Gauck anlässlich der Münchner Sicherheitskonferenz am 31. Januar 2014 zugrunde, wonach es zur außenpolitischen Gesamtstrategie Deutschlands gehören solle, wenn „alle diplomatischen Möglichkeiten ausgeschöpft“ sind, zu militärischen Einsätzen der Bundeswehr in anderen Ländern nicht mehr „aus Prinzip Nein zu sagen“. Nach Dr. Gauweiler war aber genau dieses Prinzip von den Verfassern des Grundgesetzes ausdrücklich beabsichtigt, wurde zur Geschäftsgrundlage für den erfolgreichen Aufbau der Bundeswehr und garantierte durch die so aufgestellte Bundeswehr eine über 50jährige „Friedensdividende“ – bis zur Bombardierung Restjugoslawiens. MdB Dr. Gauweiler legte dar, dass die aus analogen historischen Gegebenheiten hervorgegangenen Selbstverteidigungskräfte Japans bis heute strikt an einer verfassungsrechtlichen Beschränkung auf die Landesverteidigung festhalten und dabei besser ausgerüstet sind, als die Bundeswehr seit ihrer Umorganisation zu einer „weltweiten Einsatzarmee“.

die seiner Kollegen stellen. Schreiben wir ihnen Dankesbriefe und stützen wir uns so gegenseitig den Rücken.

Machen wir unsere Stimmen bemerkbar. Zeigen wir ebenso kompromisslos unsere Unterstützung für den Widerstand der Bürger der Ostukraine, deren Diffamierung als Terroristen wir uns mit aller Entschiedenheit entgegenstellen müssen.

Der Widerstand gegen Kiew und seine Hintermänner in der Ukraine bedarf in diesen Tagen unserer besonderen Solidarität. Die Opfer, die dort erbracht werden, werden auch für uns erbracht. Dies gilt es zu begreifen. Solidarität meint Unterstützung für die gemeinsame Sache: "Wer im Stich lässt seinesgleichen, lässt ja nur sich selbst im Stich"

Irene Eckert, 26.6.2014

Bertolt Brecht, Solidaritätslied

Refrain:

Vorwärts und nicht vergessen,
worin unsere Stärke besteht!
Beim Hungern und beim Essen,
vorwärts und nie vergessen:
die Solidarität!

1. Auf ihr Völker dieser Erde,
einigt euch in diesem Sinn,
daß sie jetzt die eure werde,
und die große Näherin.
Refrain.

2. Schwarzer, Weißer, Brauner, Gelber!
Endet ihre Schlächtere!
Reden erst die Völker selber,
werden sie schnell einig sein.
Refrain.

3. Wollen wir es schnell erreichen,
brauchen wir noch dich und dich.
Wer im Stich läßt seinesgleichen,
läßt ja nur sich selbst im Stich.
Refrain.

4. Unsre Herrn, wer sie auch seien,
sehen unsre Zwietracht gern,
denn solange sie uns entzweien,
bleiben sie doch unsre Herrn.
Refrain.

5. Proletarier aller Länder,
einigt euch und ihr seid frei.
Eure großen Regimenter
brechen jede Tyrannei!
Refrain.

Vorwärts und nicht vergessen
und die Frage konkret gestellt
beim Hungern und beim Essen:
Wessen Morgen ist der Morgen?
Wessen Welt ist die Welt?

Die Pazifik-Region, der Konflikt China-Vietnam

Gerhard Feldbauer: Zur militär-strategischen Lage in der Pazifik-Region.

Der Grenz-Konflikt zwischen Vietnam und China.

Die Vertiefung der militärischen Kooperation Russlands mit China.

USA-Schutzmachtrolle zurückgewiesen.

In letzter Zeit erregen Ereignisse in der militär-strategisch hochsensiblen Pazifik-Region die verstärkte Aufmerksamkeit von Beobachtern. Beginnen wir die Erörterung der dort sehr komplexen und von divergierenden Interessen überlagerten Situation mit dem Konflikt zwischen der Sozialistischen Republik Vietnam und der Volksrepublik China. Mit der Verlegung einer chinesischen Ölplattform in das Gebiet der umstrittenen Paracel- und Spratly-Inseln eskalierte der seit Jahrzehnten zwischen beiden Staaten schwelende Grenzkonflikt im Mai dieses Jahres in bisher nicht gekannter Weise. Hanoi, das die Inselgruppe für sich beansprucht, hat das Gebiet zu seiner Wirtschaftszone erklärt. Peking behauptet, das Gebiet gehöre schon immer zu China. Als vietnamesischer Küstenschutz das Verankern der chinesischen Bohrplattform verhindern wollte, kam es zu Zusammenstößen mit chinesischen Kriegsschiffen, bei denen Wasserkanonen eingesetzt wurden. Hanoi meldete zahlreiche Verletzte. Ministerpräsident Nguyen Tan Dung verurteilte auf dem Gipfeltreffen der ASEAN-Staaten im Mai in Myanmar die „extrem gefährlichen Aktivitäten“ Chinas, bei denen etwa 80 militärische und zivile Schiffe eingesetzt worden seien, auf das Schärfste. Die Zahl der territorialen Verletzungen habe zugenommen und sie würden „gefährlicher und ernster.“ Das nationale Territorium sei jedoch „unantastbar“ und werde „entschlossen verteidigt“, so der vietnamesische Regierungschef. Peking begnügte sich zunächst mit Erklärungen seines Außenministeriums, in denen der Einsatz von Kriegsschiffen dementiert und Vietnam aufgefordert wurde, „die chinesischen Handlungen nicht zu stören“ und sich „den Realitäten zu stellen“.

In Hanoi, Ho-Chi-Minh-Stadt (dem frühere Saigon) und weiteren Städten demonstrierten Tausende Vietnamesen gegen das chinesische Vorgehen und forderten vor der chinesischen Botschaft und Konsulaten in Sprechchören und auf Plakaten in Englisch „China get out of Vietnam“. Chinesische Betriebe in Vietnam wurden besetzt, nach Agenturberichten Gebäude in Brand gesetzt und Einrichtungen demoliert. Die britische Nachrichtenagentur Reuters berichtete, bei den Protesten seien 20 Menschen

ums Leben gekommen. Radio China International meldete danach, Peking und Hanoi bemühten sich um eine Entspannung der Lage. Bei einem folgenden Treffen berieten Handelsminister Gao Hucheng und der vietnamesische Minister für Industrie und Handel, Vu Huy Hoang, Maßnahmen, um die Gewalt gegen chinesische Unternehmen in Vietnam zu beenden. Nguyen Tan Dung rief danach die Polizei auf, die Sicherheit ausländischer Unternehmen zu gewährleisten.

Geostrategisches Gebiet mit immensen Vorkommen an Gas und Öl

In dem geostrategischen Gebiet um die Inselgruppen im Südchinesischen Meer gibt es reiche Fischfanggründe und immense Vorkommen an Gas und Öl. Peking macht rund drei Viertel des Vietnam vorgelagerten Meeresgebietes als „historisch“ zu China gehörend geltend. Das ist mehr als fraglich, denn Vietnam war über 2000 Jahre eine chinesische Halbkolonie und Peking tributpflichtig, wogegen das Land zwischen Rotem Fluss und Mekong sich immer wieder zur Wehr setzte. Seit der Erringung seiner nationalen Unabhängigkeit in der Augustrevolution 1945 und ihrer Verteidigung gegen die Intervention Frankreichs und der USA beansprucht Vietnam die Inselgruppe als sein Hoheitsgebiet.

Enkel Dschingis Khans vertrieben

Der Expansionsdrang aus dem Norden brachte einen noch heute lebendigen starken Unabhängigkeitsdrang hervor. Im 13. Jahrhundert wehrten die Könige der Tran-Dynastie dreimal erfolgreich die Angriffe der Mongolen ab, die in dieser Zeit in China herrschten. Darunter fiel der Sieg des noch heute in Vietnam verehrten Nationalhelden Tran Hung Dao, der 1284 ein unter dem Enkel Dschingis Khans eingefallenes Heer verjagte. Während des Bauernaufstandes der Tay Son, der frühbürgerlichen Revolution in Vietnam, wurde 1789 in der Schlacht bei Hanoi ein in Vietnam zur Zerschlagung der revolutionären Erhebung eingefallenes Heer der Qing vernichtend geschlagen. Die Niederlage war so verheerend, dass der Hof in Peking Frieden schloss und die Tay Son anerkannte. Diese Traditionen muss man im Auge haben, wenn man die Empörung verstehen will, mit der die Vietnamesen gegen die chinesische Einmischung protestieren.

Seerechtsabkommen der UNO zugunsten Vietnams

Nach Meinung internationaler Rechtsexperten kann Hanoi sich auch auf das Seerechtsabkommen der Vereinten Nationen stützen, während Peking seinen Ansprüchen kaum Geltung verschaffen könnte, da die Gewässer, die es beansprucht, sich größtenteils in Bereichen anderer Staaten befinden. Es handle sich dort eindeutig um "Vietnams exklusive Wirtschaftszone", in die China „nicht einfach mit dieser Ölplattform eindringen und ohne die Erlaubnis Vietnams Öl fördern kann“, erklärt der Asien-Experte, Carl Thayer, Professor Emeritus der Universität South Wales. Kenner Chinas

beobachten auch, dass im Rahmen des erweiterten Spielraums des kapitalistischen Sektors in China der alte Han-Großmachtchauvinismus der Beherrschung Asiens Auftrieb erhalte. Vergessen ist auch nicht der Einfall Chinas im Januar 1979 in Vietnam, der eine Reaktion auf den Sturz des von Peking ausgehaltenen blutigen Pot-Pot-Regimes in Kambodscha durch die Vietnamesische Volksarmee war und ganz offiziell „Strafaktion“ genannt wurde. In den Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts forderte Peking schon damals von Hanoi eine Erklärung über den Verzicht der Paracel- und Spratly-Inseln, was Vietnam ablehnte.⁹

ASEAN um Distanz bemüht

Der Konflikt wurde von Hanoi im Mai auf einer Tagung der ASEAN in Myanmar vorgebracht. Eine angestrebte gemeinsame Erklärung des Gremiums gegen das Vorgehen Chinas kam nicht zustande. Besonders Vietnams Nachbarland Kambodscha, das unter starkem Einfluss Chinas steht, blockiert eine gemeinsame Haltung. Singapur und Thailand, die selbst keine Ansprüche auf die Inselgruppe erheben, tragen jedoch wie andere Mitgliedsstaaten auch – der wachsenden vor allem wirtschaftlichen Rolle Chinas Rechnung und wollen keinen Affront mit Peking.

USA wollen Schutzmachtrolle spielen

Brisanz erhält der Konflikt dadurch, dass ihn die USA im Rahmen ihres strategischen Konzepts des Ausbaus ihrer militärischen Präsenz im Asiatisch-Pazifischen Raum gegen die Volksrepublik China zu nutzen suchen, um sich als Schutzmacht aufzuspielen. Seit 2010 ein Verband der US-Navy mit dem Flugzeugträger „George Washington“ an der Spitze zu einem Flottenbesuch in der Hafenstadt Da Nang weilte, versuchen die USA den alten Kriegsgegner Vietnam als einen Verbündeten zu vereinnahmen, was Hanoi zurückweist und in normale Militär-Beziehungen einordnet, die in der letzten Zeit weiterentwickelt wurden. Beobachter werten Hanois Haltung nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt, dass Vietnam mit der Befreiung des Südens des Landes und dem Sieg über die größte westliche Militärmacht in der Region als ein militärisches Schwergewicht gilt.

Pentagon-Minister Chuck Hagel beschuldigte China im April auf der Sicherheitskonferenz Shangri-La-Dialog in Singapur, „destabilisierend und einseitig gehandelt“ zu haben. Er rief Peking „zur Ordnung“ und nannte dessen Vorgehen „Einschüchterung“ und „Nötigung“. Mit der Erklärung, die Vereinigten Staaten würden nicht wegsehen,

⁹ Das Thema wird in Publikationen des Autors behandelt: Zusammen mit Irene Feldbauer, Sieg in Saigon. Erinnerungen an Vietnam, Pahl Rugenstein, Bonn 2005, Neuauflage 2006, und Vietnamkrieg, Papyrossa, Köln 2013.

„wenn die fundamentalen Prinzipien der internationalen Ordnung herausgefordert werden“, drohte Hagel Maßnahmen der USA an.

China reagierte postwendend und wies auf der Konferenz in einer Erklärung des Vize-Chefs des Generalstabs der Volksarmee, General Wang Guanzhong, die Attacken Hagels als eine nicht zu akzeptierende Provokation scharf zurück. Nicht China, sondern die USA destabilisierten „mit Drohungen und Einschüchterungen“ die Situation.

Mit den Philippinen ist am Ende eines Asienbesuchs Präsident Obamas in Japan, Südkorea und Malaysia Ende April ein neues „Verteidigungsabkommen“ geschlossen worden. Manila, das ebenfalls Rechte auf die umstrittene Inselgruppe geltend macht, hatte kurz vorher während eines See-Manövers mit den USA vor den Spratley-Inseln chinesische Fischerboote aufgebracht und elf Besatzungsmitglieder festgenommen, die derzeit vor Gericht stehen.

Japan will in der Achse mit Amerika „aktivere Rolle in Asien übernehmen“

Japan erhebt Besitzansprüche gegen eine von China beanspruchte unbewohnte Inselgruppe (in Japan Senkaku, in China Diaoyu genannt), in deren Nähe ebenfalls große Rohstoffvorkommen vermutet werden. Mit seiner Schützenhilfe beim Ausbau der pazifischen Präsenz der USA gegen China verfolgt Japan gleichzeitig das Ziel, seine eigenen militärischen Positionen in der Asien-Pazifik-Region zu erweitern. Premier Shinzo Abe kündigte an, auf der Grundlage „der Achse zwischen Japan und Amerika eine aktivere Rolle in Asien übernehmen zu wollen“. Dazu erhöht Tokio seine Militärausgaben um 2,6 Prozent auf 24,7 Billionen Yen (174 Milliarden Euro). Es orderte 28 US-Tarnkappenbomben vom Typ F-35, fünf U-Boote, zwei mit "Aegis"- Antiraketen ausgestattete Zerstörer, 52 Amphibienfahrzeuge und drei Drohnen. Das Vorpreschen Abes nannte General Wang Guanzhong ein mit Washington abgesprochenes Vorgehen.

Russisch-chinesische Reponse in Fernost

Nun ist die Asien-Pazifik-Region kein isolierter Erdteil, sondern eingebettet in globalstrategische Entwicklungen. Das mussten die USA zur Kenntnis nehmen als Russland und China in gegenseitiger Solidarität auf das aggressive Vorgehen der USA/NATO in der Ukraine und im Ostchinesischen Meer reagierten. Denn der Abschluss des Milliarden schweren Abkommens über russische Gaslieferungen nach China war – was in den meisten westlichen Medien, darunter in der Bundesrepublik verschwiegen wurde – von einer gleichzeitigen Vertiefung der militärischen Zusammenarbeit begleitet. Den Auftakt bildete vom 20. Bis 26. Mai ein gemeinsames Flottenmanöver im Ostchinesischen Meer. Zwölf Kriegsschiffe, darunter der schwere russische kernkraftgetriebene Raketenkreuzer „Pjotr Welikij“, übten in gemeinsamen Kampfverbänden auf hoher See zusammen mit Fliegerkräften beider Seiten Rettungsaktionen

für entführte Schiffe, U-Boot-Abwehr, eine Überprüfung der Identifikation und Luft-Wasser-Angriffe. RIA Novosti und Xinhua berichteten großaufgemacht, dass das „Maritime Kooperationen 2014“ genannte Manöver während des Besuchs Präsident Putins in Peking von ihm und seinem chinesischen Kollegen Xi Jinping eröffnet wurde und beide Staatschefs es anschließend zwei Tage verfolgten.

Potenzial der Nato wird ausgeglichen

Der Direktor des Zentrums für sozialpolitische Studien in Moskau, Wladimir Jewsejew, sprach Klartext und nannte das Manöver eine direkte Reaktion auf die Krise in der Ukraine, um dem Westen und vor allem den USA zu zeigen, „dass neue militärpolitische Beziehungen aufgebaut werden“. Schon „in allernächster Zeit könnten ernsthafte militärpolitische Vereinbarungen“ folgen, warnte er. Die USA hätten „keine Ressourcen mehr, um der militärpolitischen Stärkung Russlands und Chinas in der Pazifischen Region etwas entgegenzusetzen“. „Stimme Russlands“ betonte, das ermögliche, „das Potenzial der Nato auszugleichen und dort eine ausbalancierte Gruppierung der Marinekräfte zu schaffen, die imstande ist, sich gegen die Nato zu behaupten.“ Konstantin Sokolow, Vize-Präsident der Akademie für geopolitische Fragen“, sekundierte, das Ostchinesische Meer sei ausgewählt worden, weil dort „die USA regelmäßig gemeinsame Übungen veranstalten, um sowohl China als auch Nordkorea unter psychologischen Druck zu setzen“. Damit ergehe auch eine direkte Antwort auf die von Japan in jüngster Zeit zugespitzte Auseinandersetzung um die Senkaku-Inseln – in China Diaoyu - genannt. Das Manöver sei eine „Unterstützung Pekings durch Moskau.“ Während des Manövers drängten mit Raketen bestückte chinesische Militärjets ein in den Luftraum über den von China beanspruchten Inseln eingedrungenes japanisches Jagdflugzeug ab. Über dem Gebiet hat China eine Luftverteidigungszone eingerichtet, für deren Überfliegen es eine Anmeldung fordert, was Japan ablehnt. Die „Neue Zürcher Zeitung“ schrieb, das Manöver sei „ein Signal an Japan“, das im Zweiten Weltkrieg der gemeinsame Feind der Russen und Chinesen war und mit dem Russland seit bald 70 Jahren offiziell nicht Frieden geschlossen hat. Zum aktuellen Hintergrund vermerkt die Schweizer Zeitung, dass für Russland „die Kiewer Regierung zur neuen faschistischen Gefahr für Europa und Russland“ werde, während China „geschichtspolitisch gegen Japan“ argumentiere.

Berlin will mitmischen

Deutsche Außen- und Militär-Experten reagierten, wie das Onlineportal German Foreign Policy (GFP) am 10. Juni berichtete, beunruhigt auf die Vorgänge im Ostchinesischen Meer. Ohne dass das Russisch-Chinesische Manöver angesprochen wurde, war klar, dass es, wie zitierte Experten des Militärfachblattes „Marineforum“ verdeutlichten, den Hintergrund der Befürchtungen bildete. Sie schlossen nicht aus, dass es in Ostasien „zu einem Krieg“ kommen könnte. Da will die Bundesrepublik

natürlich mitmischen. GFP zitiert einen Mitarbeiter des Instituts für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel (ISPK), der äußerte, die Bundesrepublik müsse sich deshalb um einen Marinestützpunkt im Indischen Ozean bemühen, da sie anders als London oder Paris – sonst kaum interventionsfähig sei.

Was Vietnam betrifft, ist in diesem Kontext auch die Haltung zu Moskau zu sehen, ohne dessen Hilfe Vietnam 1975 nicht den Sieg über die USA hätte erringen können. Nachdem Moskau nach 1975 zunächst den Tiefseehafen Cam Ranh am Südchinesischen Meer als logistische Basis für seine Pazifikflotte nutzen konnte, ist in jüngster Zeit davon die Rede, dass es dort wieder einen Stützpunkt einrichten könnte. Cam Ranh war schon zur Zeit der Zarenherrschaft eine Basis der kaiserlichen Kriegsmarine. Könnte Moskaus Pazifikflotte dort vor Anker gehen, würde das eine zusätzliche Stärkung der maritimen russisch-chinesischen Schlagkraft bedeuten und obendrein Pekings Vorgehen gegen Hanoi Zügel anlegen.

Pekings Vorstoß ins Mittelmeer

Moskau und Peking planen ihre Militär-Kooperation bereits globalstrategisch. RIA Novosti erinnerte daran, dass Peking an der Seite Moskaus bereits Anfang 2014 mit einem gemeinsamen Flottenmanöver ins Mittelmeer vorstieß, was auch eine Demonstration des Schutzes für Syrien gewesen sei. Wie die Agentur berichtete, wurde während des Besuchs Putins auch „eine engere Koordination im UN-Sicherheitsrat“ vereinbart, wo beide Mitglieder in jüngster Zeit gegen vier Resolutionen zu Syrien ihr Veto einlegten. Russland und China betonten jedoch, dass sie nicht nur auf militärische Stärke setzen. Sie vereinbarten, ihre Mitarbeit im Rahmen der Konferenz für Interaktion und Vertrauensbildung in Asien (CICA), einem Sicherheitsforum in der Asien-Pazifik-Region, abzusprechen und zu verstärken. Der Gruppe gehören 26 Staaten an, die USA und Japan sind nur als Beobachter vertreten. Das will China offensichtlich auch mit der Ankündigung unterstreichen, erstmals an dem von den USA geleiteten Marinemanöver RIMBAC vom 26. Juni bis 1. August teilzunehmen. Es findet alle zwei Jahre im Juni oder Juli im Rim of the Pacific, der Randzone des Pazifik (daher der Name RIMBAC) statt und wird durchgeführt von der US Pacific Fleet, einem Teil der US Navy. Neben den Anrainerstaaten des Pazifik nehmen das US Marine Corps, die US Coast Guard und die US National Guard teil. Eingeladen wird auch die Royal Navy. RIMPAC gilt als das weltweit größte internationale Marinemanöver. Es fand zuletzt 2012 mit mehr als 40 Kriegsschiffen und U-Booten aus 22 Ländern statt. Peking will diesmal vier Kriegsschiffe entsenden. Beobachter meinen, dass eine Teilnahme China vor allem die Möglichkeit bietet, unmittelbar vor Ort Strategie und Taktik möglicher künftiger Gegner zu beobachten und Schlüsse zu ziehen.

Gerhard Feldbauer

Imperialismus, Faschismus, Sozialismus

Irene Eckert: Russlands Geschichte anders betrachtet

Faschisierung in der Ukraine, Ausweitung der Kriegszonen, Rechtsruck in Europa - nur durch Einsicht in deren ursächliche Zusammenhänge kann alle dem wirkungsvoll begegnet werden

*„Die Gegenwart mag trügen
Die Zukunft bleibt uns treu
Ob Hoffnungen verfliegen
Sie wachsen immer neu“*
Karl Liebknecht, 1918

*"Am 5. März 1946 entdeckte Winston Churchill, abgewählter Staatschef einer niedergehenden Kolonialmacht, von neuem die 'bolschewistische Gefahr'. Der große Vernichtungskrieg gegen Russland war kaum für den Faschismus erfolglos zu Ende, da fordert der Brite von amerikanischem Boden aus, in Fulton, Missouri, ein antisowjetisches Bündnis gegen die 'immer stärker werdende Herausforderung und Gefährdung der christlichen Zivilisation' durch den russischen Kommunismus. In Amerika setzte eine sowjetfeindliche Kampagne ein. Alle Völker wurden von der Furcht vor einem dritten Weltkrieg ergriffen." So urteilen 1946 die US-amerikanischen Top-Investigativ-Journalisten **Michael Sayers und Albert E. Kahn**.*

Senator Pepper aus Florida lobt ihren Beitrag zum Frieden am 16. Mai 1946 im Madison Square Garden in New York bei der Versammlung der Kriegsveteranen wie folgt: *„Es gibt ein Buch über Russland, das ich für das wichtigste dieser Tage halte. Es sollte die weitest mögliche Verbreitung finden. Es ist gebotene Lektüre für jeden amerikanischen und für jeden britischen Staatsmann. Aus demselben Grund sei es jedem Bürger unserer beider Länder anempfohlen. Der Titel der vierhundert Seiten starken Publikation lautet **'Die große Verschwörung gegen Russland'**.*

Ähnliche öffentliche Würdigungen erfuhr die Arbeit in der 'New York Herald Tribune', in den 'Chicago News', in der Zeitschrift 'Newsweek'. Das Werk wurde bald in viele Weltsprachen übersetzt und erzielte hohe Auflagen. Kein Wunder, es ist gut recherchiert, top aktuell und liest sich wie ein Thriller. Nach 1953 allerdings wurde die Schrift indiziert. Wie so viele wertvolle Zeitdokumente wurde sie

Opfer der Hexenjagd auf Linke und Demokraten. Später sollten gar Historiker der DDR und führende westdeutsche Kommunisten die inzwischen vergessene Publikation als "Machwerk", beziehungsweise als "Auftragsarbeit Stalins" denunzieren. So weit kann Gehirnwäsche gehen.

Gehirnwäsche kann aber auf Dauer nicht die materielle Kraft des Faktischen aushebeln.

Spätestens an den Vorgängen in der Ukraine im Frühjahr 2014 erkennen wir: Der Faschismus, der gewalttätige Antipode von Sozialismus und Demokratie, erhebt wieder sein blutiges Haupt. Noch einmal scheint es leider so, als ob die akademisch gebildete Kaste erneut versage.¹⁰

Schon 1945 haben deutsche Schriftsteller gewarnt

Vergessen scheinen heute die Warnungen, die ein deutscher Dichter von Welt-rang nach der Erfahrung zweier Weltkriege so formulierte:

*„Die Völker wurden seiner Herr, jedoch
Dass keiner uns zu früh da triumphiert
Der Schoß ist fruchtbar noch aus dem das kroch“¹¹*

Der Poet Bert Brecht hatte angesichts von Wiederbewaffnung und NATO-Anschluss, angesichts von atomarer Aufrüstung und neuer kalter Kriegshetze gegen die Sowjetunion die weiterbestehenden Wurzeln des Faschismus als Gefahrenherd ausgemacht. Seine Mahnung war 1951 in Form eines offenen Briefes an die deutschen Künstler und Schriftsteller gerichtet und hörte sich so an:

*„Das große Karthago führte drei Kriege
Nach dem ersten war es noch mächtig
Nach dem zweiten war es noch bewohnbar
Nach dem dritten war es nicht mehr aufzufinden“*

Der renommierte Stückeschreiber und Stalinpreisträger Brecht warf damals seine ganze Kraft in die Waagschale der Weltfriedensbewegung. Sein Kollege Thomas

¹⁰ Siehe Otto Köhlers Bericht über die Mitgliederversammlung der deutschen PEN-Vereinigung in der Jungen Welt vom 20.05.14; pwasowa.blogspot.de/2014_05_21_archive.html

¹¹ Arturo Ui von Bert Brecht (Epilog)

Mann, der Literaturnobelpreislauter von 1929, vormals konservativer Republikaner, hatte nach 1945 das Wort vom „*Antikommunismus als Grundtorheit der Epoche*“ geprägt. Kritik gegenüber dem damals rund um den Globus geschätzten Staatsmann Stalin ist von ihm nicht bekannt. Der Marschall der Sowjetunion galt den Antifaschisten als Repräsentant einer Nation, die den Faschismus besiegt hatte. Der große deutsche Roman-Autor hielt im Goethejahr 1949 auch in Weimar eine öffentliche Ansprache und brach ein Klassen-Tabu. Er wurde im Westen dafür entsprechend gemäßregelt. Ähnlich war es etwa der Schauspielerin Marlene Dietrich ergangen. Ihre Weigerung, Hitlerdeutschland zu dienen, verzieh man ihr nicht. Thomas Manns antifaschistisches Vermächtnis, der Epochenroman Roman „Doktor Faustus“, ist in (West-)Deutschland wenig gelesene Lektüre.

Der dem berühmten Thomas jetzt nicht mehr ganz so fremde Bruder Heinrich war 1949 bereit, die Präsidentschaft der Akademie der Künste in Berlin/DDR zu übernehmen. Die Nazis hatten ihm den Ehrentitel entzogen. Keine antikommunistischen Ressentiments trübten dem einstigen Ehrenmitglied der SPD die Sinne. Die Bruderkinder Erika und Klaus Mann kämpften in der US-Armee als Aufklärer gegen den NS-Staat. Ähnlich wirkte ihr Schriftstellerkollege Stefan Heym. Sein Roman „Kreuzfahrer“, im Westen als "Bitterer Lorbeer“ erschienen, legt von Heyms antifaschistischer Propaganda-Arbeit Zeugnis ab. Das umfangreiche Oeuvre ist bei uns weitgehend unbekannt. Dem weltweit geschätzten deutschen Literaten wurde von den gewählten Volksvertretern noch einmal Respektlosigkeit zuteil, als er 81-jährig den 13. Deutschen Bundestag nach der historischen Wende als Alterspräsident eröffnete. Die ablehnende Haltung ihm gegenüber, einem Verfolgten des NS-Regimes, galt dem einstigen DDR-Bürger, dem man nicht nachsehen wollte, dass er die deutsche demokratische Republik der Bundesrepublik als Zufluchtsland vorgezogen hatte.

Auch das übrige, gegen den Faschismus gerichtete Vermächtnis anderer großer deutscher Kulturschaffenden wurde endgültig mit der DDR und ihren sozialistischen Verbündeten entsorgt. Die größte Bücherverbrennung aller Zeiten besteht in der Vernichtung des Buchbestandes der Deutschen Demokratischen Republik in der "Nachwendezeit". In den Vereinigten Staaten von Amerika fand in der McCarthy Ära der 50er Jahre des 20. Jahrhunderts schon eine ähnliche Säuberung statt. Auch dieses Verhängnis ist eine Erblast des Faschismus. Der 'Antifaschismus der DDR' wurde als ein 'verordneter' abgetan und abgelegt.

Bedrohliche Faschisierung der Deutschlandpolitik nach der Münchner SIKO

Spätestens mit der als 'Sicherheits'-Konferenz etikettierten Münchner SIKO wurde in diesem Winter vor allem eines deutlich: Den deutschen Faschismus hat es so wenig gegeben, wie die DDR sozialistisch gewesen sein darf. Die DDR war der Verbrecherstaat und nicht etwa NAZILAND. Unser schon längst wieder kriegsbereites, wiedervereinigt erstarktes Wunderland ist das beste Deutschland, das es je gab. Vom "Mehltau einer Friedensbewegung" müssen wir uns laut Gauck, Steinmeier, von der Leyen und den zu Diensten stehenden Denkfabriken befreien. Deutschland soll nach Meinung dieses Trios wieder bewaffnete Verantwortung in die Welt tragen. Friedliebende Staaten wie Syrien, in deren Augen ein Terror-Regime, soll Militär konsequenter Weise entwaffnen helfen. Selbst "Linke" Politiker halten auf Grund ihrer Fehlbeurteilung derartige Auslandseinsätze für hilfreich. „Tumbe Glücksduseligkeit“ und die Weigerung für's Vaterland sterben zu wollen, müssen folgerichtig einer Haltung des Strammstehens und des Allzeitbereitseins weichen¹². Das gilt nicht nur beim Militär, sondern auch an der Arbeits- und gar erst recht an der Medienfront. Weg, also weg mit dem Acht-Stunden-Normal-Arbeitstag, mit Gewerkschaftsrechten oder gar demokratischer Mitbestimmung. Brutalisierung und Abstumpfung gegen jegliche Form von Unrecht ist angesagt. Stigmatisierung, Diffamierung und wer weiß, was noch, von jedem, der da ausschert, ist das Gebot der Stunde.

Wer aber im eigenen Überlebensinteresse wissen will, was da mit uns wieder einmal gespielt wird und in wessen Interesse, der muss den Faschismus begreifen wollen. Faschismus und Krieg, das sind die zwei Seiten einer Medaille. *"Hitler wählen bedeutet Krieg"*, das wussten die Kommunisten der Zwanziger Jahre und davor haben sie eindringlich gewarnt. Tausende gaben damals ihr Leben, um beides zu verhindern. Die Aufgabe ist aber bis heute ungelöst und bleibt daher eine Herausforderung für uns Nachgeborene. Die dramatische Verkennung dieser uns gestellten Aufgabe führt zu verhängnisvollem Opportunismus. Die mit ihm einhergehende politische Blindheit führt zur Anbiederung an die jeweils Mächtigen dieser Erde, zum Ausschlagen nach allen Seiten hin, zum Wegbeißen kriti-

¹² Die Vokabel „tumbe Glücksduseligkeit“ spielt auf eine Aussage Gaucks an, der meint, Deutsche müssten wieder den Anblick gefallener Soldaten ertragen lernen. Am 12. 06. 2012 meldet reuters: Bundespräsident Gauck besucht die Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg und hält eine Grundsatzrede über Gefallene und Glückssucht.

scher Stimmen. Die wahnwitzige Gleichsetzung von Opfern und Tätern hat eine fatale Lähmung der Friedenskräfte zur Folge. Das gegenwärtig schon wieder eingekreiste Rußland und seine auf Vernunft gründende Außenpolitik, die dem Weltfrieden dient, wird auf eine Ebene mit dem Handeln von Faschisten in Kiew gestellt. Aus der sogenannten Friedensbewegung und aus der Linken Führungsmannschaft heraus werden die Russen für genauso kritikwürdig befunden wie der diese Gewaltpolitiker stützende Westen. Den Faschismus am Horizont will man nicht sehen.

Faschismus - Antipode, nicht Spießgeselle des Sozialismus

Der Faschismus war und ist aber in jeder Hinsicht der Gegner von Friedenspolitik und ganz entschieden der Gegner des Sozialismus. Bis in die frühen 80er Jahre des Vorjahrhunderts hinein galt gar der Terminus 'Frieden' als kommunistische Vokabel. Die dümmliche, aber brandgefährliche Gleichsetzung von Braun, der Farbe des Abschaums, und Rot, der Leuchtfarbe des Lebens, ist weiter wirkender, folgenreicher Unsinn. Mit der schon hier Täter und Opfer gleichsetzenden Formel Rot gleich Braun wurde Wahrheitsverdrehung der folgenreichsten Art eingeführt. Das war möglich, weil der Faschismus auf Grund seiner schier unbegrenzten ökonomischen Machtmittel auch über den Einsatz von Sprache und Geist gebieten kann. Da, wo er regiert, sind Wahrheitsfindung und Wissenschaft verpönt. Wissen hat sich dem Kapital dienstbar zu erweisen, auch wenn damit die Realität auf den Kopf gestellt wird. Nur für naturwissenschaftlich-technische Zusammenhänge gilt das nicht ganz. Obwohl auch auf diesem Gebiet die gemeingefährliche Realitätsverleugnung keine Ausnahmeerscheinung ist. Während der Faschismus also die Demokratie negiert und ihren Sinn verkehrend, diese mit Füßen tritt, bedarf der Sozialismus eines wissenschaftlich fundierten Weltbildes und der tatkräftigen Mitarbeit aller Bürger einer Gesellschaft. Wenn eine Gesellschaft, die sich sozialistisch nennt, diese basiale Erfahrung negiert, dann ist sie zum Untergang verurteilt.

Der deutsche Faschismus nun war und ist, trotz seines Namens, weder national, noch sozial, noch demokratisch. Er diente niemals der Verteidigung nationaler Belange, sondern gehorchte den Vorgaben der internationalen Monopolisten. Sein Wesen ist überall zutiefst asozialer, inhumaner Natur, basiert er doch auf der Versklavung und Ausplünderung der Massen zu Hause und in der Welt. Grundelemente einer echten Demokratie, selbst faire Wahlen sind ihm fremd. Völlig zuwider sind ihm aber Bürgerbeteiligung, Mitbestimmung, offene, für jedermann

einsehbarer Entscheidungsprozesse. Ein hohes Bildungsniveau seiner Bürger kann er nicht gebrauchen.

Mit Faschismus und Sozialismus verhält es sich also wie mit Feuer und Wasser. Da der Sozialismus in Europa weitestgehend ausgelöscht wurde, erhebt sein Antipode, der Faschismus, wieder bedrohlich sein Haupt. Diesmal sozusagen präventiv. Die Ausplünderung der Massen und die Demütigung ganzer Nationen hat ein Ausmaß erreicht, das langfristig ein Widerstandspotential auf den Plan rufen muss. Die Verzweiflung macht die Menschen andererseits anfällig für Demagogen, die allzeit simplistische Lösungen und Feindbilder parat haben. Die Käuflichkeit von Schlägertrupps ist angesichts der Verelendung nicht schwer und tut dann ein Übriges. Solange pseudolinke Opportunisten die Menschen irre führen, statt sie aufzuklären, ist die Gefahr groß, dass diese erneut den Rattenfängern anheim fallen. Das beweisen die Ergebnisse der jüngsten Wahlen für das Europa-Parlament, die einen deutlichen Rechtsruck ergeben haben.

Was hier Abhilfe zu schaffen vermag ist das Verständnis für die wahren historischen, geopolitischen und ökonomischen Zusammenhänge. Das Begreifen der Parameter, die zu Faschismus und in seinem Gefolge zum Krieg führen, ist der Schlüssel. Dieser Schlüssel kann uns die Tür öffnen und uns den Weg aus der Abhängigkeit von medialer Gehirnwäsche weisen. Nur Wissen und darauf basierendes Handeln kann uns den Weg zu einem besseren, friedlichen Dasein eröffnen. Die schleichende Faschisierung bei uns zu Hause überwinden heißt also, zu allererst einmal ihr Wesen, ihren Charakter, ihre Herkunft und ihre Zielsetzung zu erfassen. Nichts an ihr ist irrational. Vielmehr wird faschistische Brutalität von eiskalten Rechnern gesteuert. Aus der Erkenntnis, wer diese „Rechner“ steuert, erwächst dann die nötige Kraft zum Widerstand. Das Bewusstsein dafür, dass dieser Widerstand Erfolg verspricht, wächst mit entsprechendem Zusammenhalt und mit der in den Verteidigungskämpfen gesammelten Erfahrung.

Aufgabe des Faschismus weltweit: Niederhaltung der Massen

Es handelt sich bei der uns gestellten Aufgabe also um das ganz Einfache, das bekanntlich schwer zu machen ist. Der Faschismus ist, wie gesagt, im Kern vor allem eines: Er ist das letzte Instrument in den Händen einer zum Untergang verurteilten Klasse. Er ist die Wunderwaffe in der Hand einer winzigen Minderheit, die sich auf Kosten der übrigen rücksichtslos bereichert. Er ist das ultimative Werkzeug des einen Prozents der Weltbevölkerung, das nicht von der weltgeschichtlichen Bühne weichen will. Es handelt sich bei seinen Finanziers und Manipulatoren um die Kaste der Kriegsgewinnler, der Waffenschmiede, der Fi-

nanzaristokraten und de Monopolkapitalisten. Diese Herren, aber auch die Damen in Führungsposition, wissen sehr genau, dass ihre Auftraggeber nur als parasitäre Gattung überleben können. Düstere Geschäfte wie Waffenhandel und Finanzschiebereien, Geschäfte also, die nicht den Völkern zugute kommen, lassen sich nur hinter dem Rücken der Menschheit im Dunkeln betreiben. Damit die Massen nicht durchschauen, für welche Zwecke sie manipuliert werden, müssen sie nieder und geistig debil gehalten werden. Die US-amerikanischen Kriegsveteranen gehen davon aus, dass 99% ihrer Mitbürger keinerlei Interesse an der kriegersch-imperialistischen Außenpolitik ihres Landes haben. Sie rufen diese 99% dazu auf, sich zu widersetzen, Einspruch geltend zu machen. Andererseits wissen die übrig bleibenden „Einprozentler“ natürlich, dass mit solchem Widerspruch langfristig zu rechnen ist. Kaum ein Mensch ist so dumm, sich freiwillig das eigene Grab zu schaufeln. Darum handelt es sich aber angesichts der immer weiter gehenden Umwidmung öffentlicher Gelder für Rüstungszwecke und für dunkle Bankgeschäfte. Wahrheitsentstellende Demagogie ist auf Dauer nicht ausreichend, wenn die ganze Gesellschaft verarmt und die öffentliche Infrastruktur zerfällt. Einzelne mögen immerhin verzweifelt aus dem Leben scheiden oder passiv dahin vegetieren. Für die Niederhaltung großer verzweifelter Massen ist am Ende aber blanke Gewalt erforderlich. Nur mit Hilfe eines einschüchternden und entmutigend wirkenden Drohpotentials können des Lesens und Schreibens kundige Menschen eine Zeitlang daran gehindert werden, sich zusammen zu tun und sich gegen ihre Ausplünderung und Knechtung zu wehren.

Der Faschismus wurde genau zu diesem Zweck ins Leben gerufen, das Gattungsleben der Monopolherren und -damen, also von dem einen kleinen Prozent Profiteure der falschen Ordnung zu gewährleisten. Die rohe Gewaltpolitik, die den Faschismus kennzeichnet, dient nur der Aufrechterhaltung einer spätbürgerlichen Klassengesellschaft. Die Ereignisse in der Ukraine, wo in diesen Tagen völkerrechtlich geächteter weißer Phosphor seitens der Kiewer Führung eingesetzt wird, um den Widerstand im Osten des Landes zu brechen, sind ein neuerlich Beweis für die Unmenschlichkeit seiner Methoden. Der Faschismus ist und war demnach nie ein spezifisch deutsches Phänomen. Er ist vielmehr eine spätbürgerliche, antidemokratische Herrschaftsform. Er ist ursprünglich die Klassenantwort des Kapitals auf die erfolgreiche Oktoberrevolution gewesen.

Mit Hilfe von vierzehn Interventionsarmeen hat man bekanntlich 1918-1922 erfolglos versucht, dem Roten Oktober das junge Leben auszuhauchen. In Nachkriegs-Deutschland wüteten zur gleichen Zeit die schwarze Reichswehr und die Freikorps. Auch sie waren bezahlt von interessierter, kapitaler Seite, um Experi-

menten, wie denen in Russland, frühzeitig den Garaus zu machen. Auch die bald entstandenen Schlägertrupps der SA waren beauftragt, mit "Kommunisten und ähnlichem Gesindel" in Deutschland aufzuräumen. Das entsprechende Feindbild lieferten die ebenfalls angeheuerten Schreibtischtäter.

Sabotage, Spionage, Subversion und Brachialgewalt, alles faschistisches Urgestein

Gleichzeitig mit der Brachialgewalt, die sich stets nur bedingt im Sinne ihrer Auftraggeber nutzbar machen lässt, weil sie auch ungewollte Soldidarisierungserfolge mit sich bringt, Widerstand hervortreibt, die Auftraggeber entlarvt, erkannte man als viel wirkungsmächtiger die Instrumente der Sabotage und der Subversion. Ein „linkes“ internationales Spionagenetzwerk wurde aufgezogen, bereits in den zwanziger Jahren. Zu deren Meisteragenten gehörten Leo Trotzki und seine Leute. Solche rechtsgestrickten Militärs wie der Generalmajor Reinhard Gehlen, der Leiter des Nazi-Spionagedienstes 'Fremde Heere Ost', kamen zur NS-Zeit hinzu. Ersterer wurde in Mexiko - laut New York Times - von Jacson, einem Mann aus den eigenen Reihen, ermordet. Das wollten die Hintermänner dieser Kreise nicht gelten lassen. Später schoben der SPIEGEL und andere 'Leitmedien' auch diesen Mord dem Erzbösewicht Stalin in die Schuhe. R. Gehlen, der NS-Meisterspion, wurde nach 1945 von den Amerikanern gebrieft und zum Aufbau des BND angestiftet. Seine Aufgaben in Pullach blieben nach seinem USAufenthalt dieselben: Spionage Sabotage, Subversion, Installierung trojanischer Pferde, Zerstörung des Aufbauwerks der Sowjets.

Nachdem der wichtigste Garant für die Zerstörung des Sozialismus, nämlich Hitlerdeutschland, erst einmal schachmatt gesetzt und der Hauptakteur tot war, wurde sofort nach Roosevelts 'unerwartetem' Tod mit einer neualten Strategie begonnen. Schon der Abwurf der beiden US-Atombomben, von Deutschland aus befehligt, zielte symbolisch auf die Sowjetunion. Beginnend mit der berühmten Fulton Rede vom zu Hause abgehalfterten Winston Churchill, wurde dann von den Vereinigten Staaten aus der 'Kalte Krieg' gegen Sowjetrußland so richtig eröffnet. Anfang 1946 begann eine ideologische Schlacht von bis dato unbekanntem Ausmaß, gerichtet gegen den Alliierten von gestern. In den USA und in ihrem weltweiten Einflussbereich wurde die Hexenjagd auf Kommunisten und alles, was man dazu machte, eröffnet. Zu den ersten Opfern gehört das junge jüdische Physikerpaar Ethel und Julius Rosenberg. Die Eltern kleiner Kinder wurden gnadenlos und ohne schlüssiges Beweismaterial auf dem elektrischen Stuhl exekutiert. Keine Weltpresse, die da „Antisemitismus“ geschrien hätte. Selbst Roose-

velt wurde in jenen Tagen posthum als "dreckiger Kommunist" beschimpft. Man verzieh dem populären Staatsmann niemals sein strategisches Bündnis mit Stalin, genauso wenig wie man ihm die sozialdemokratische Politik seines "New Deal" nachsah. Die Bezeichnung „Kommunist“ war bald mit Hilfe raffinierter PR-Agenturen zum Unwort des Jahrhunderts umgestanzt worden. Der „Stalinist“ wurde dann zu dessen ultimativer Steigerungsform. Diese Beschimpfung wurde auf jeden angewandt, der in der SU noch irgendetwas Gutes zu sehen vermeinte. So einer galt von Stund an als Verteidiger von systembedingter Unmenschlichkeit.

Der Faschismus will die Ausrottung des Sozialismus auch über den Weg seiner Verunglimpfung

Bereits 1946 hatte man es also hören, sehen und fühlen können: Der Faschismus war nicht endgültig besiegt worden. Er hatte nur eine heftige Niederlage eingesteckt. Seine Macher und Nutznießer haben seither einiges dazu gelernt. Neue Strategien wurden entwickelt, ohne die alten aufzugeben. Derselbe Lernprozess fand nicht gleichermaßen auf Seiten der zur Vernichtung vorgesehenen Sowjetmacht statt. Das lag nur zum Teil an der naiven Treuherzigkeit vieler Kader. Von Anfang an waren die mutigsten und die am weitesten blickenden Kommunisten ins Visier der Kapitalistenklasse geraten. „Schlagt ihre Führer tot“ so hatte die frühfaschistische Parole gelautet. In Deutschland fielen gemäß dieser Losung Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und viele, viele engagierte und gute Menschen dem Terror der Bourgeoisie zum Opfer.

In Russland begann die Ausschaltung des Führungspersonals mit dem Attentat auf Lenin im August 1918¹³. An den Spätfolgen der vergifteten Kugel verstarb der große Revolutionär 1922. Viel zu früh für sein Land und für den geknechteten Teil der Menschheit. Vorher war schon der Leiter der Petrograder Tscheka, Uritzki, ermordet worden¹⁴ und davor im Juni der Volkskommissar für das Pres-

¹³ Die Attentäterin war eine Frau namens Fanny Kaplan. Sie stammte aus dem Milieu der terroristisch agierenden Sozialrevolutionäre, diese arbeiteten im Auftrag ausländischer Geheimdienste und waren mit den Trotzkiisten verbandelt. Kaplan schoss aus nächster Nähe auf Lenin. Die Kugeln waren gekerbt und vergiftet. Ein Schuss traf oberhalb des Herzens in die Lunge, ein anderer war in die Halsschlagader eingedrungen. Sir Detering, der Ölmagnat, hatte seine schmutzigen Hände im Spiel, der Mann, der den Aufstieg Hitlers mitfinanziert hat. Siehe Sayers/Kahn S. 45-55 der deutschen Ausgabe von 1949

¹⁴Die Tscheka war von Lenin zur Spionageabwehr ins Leben gerufen worden. ebenda

sewesen Wolodarski und nicht zu vergessen der deutsche Botschafter in Russland, Mirbach. Die Täter waren Sozialrevolutionäre, sprich geheimdienstlich beauftragte Terroristen¹⁵. Die Morde waren als Auftakt für einen Umsturz geplant. Der nächste große Schlag traf Kirow, die rechte Hand Stalins. Die Nummer zwei der Sowjetunion wurde am 1. Dezember 1934 von einem trotzkistisch inspirierten Attentäter beim Verlassen seines Büros im Smolny Institut hinterücks erschossen. Unzählige weitere Humanisten in Führungspositionen folgten diesen Revolutionären der ersten Stunde. Nicht immer geschahen die Morde so unverhüllt. Herzinfarkte, falsche Medikation waren raffiniertere Methoden zur Beseitigung von Menschen, die der sozialistischen Umgestaltung treu ergeben waren. So wurden zum Beispiel Maxim Gorki und sein Sohn beseitigt. Die Täter und ihre dafür verantwortlichen menschwistisch-sozialrevolutionären-trotzkistischen Hintermänner lasteten auch diese Opfer am Ende Stalin an. Nach Lenins Tod galt dieser Sohn kleiner Leute aus Gori als Erzfeind der Kapitalistenklasse.

Der verbrecherische 'Kommissarbefehl' Hitlers galt genau demselben Zweck wie die oben genannten Morde: Ausmerzung einer wertetreuen, dem Sowjetvolk verpflichteten Führungsmannschaft. Am Ende einer langen Kette gelang es den kapitalhörigen Leuten auch noch, Stalin selbst auszuschalten. Er war schon lange im Visier gewesen und führte die Liste der Todeskandidaten an. Ein vielleicht künstlich erzeugter Schlaganfall, der stundenlang unbehandelt blieb, versetzte dem fast 75jährigen den immer noch verfrühten Todesstoß. Die Verräter waren in seine engste Umgebung eingedrungen. Man hat ihn einfach liegen lassen, ohne einen Arzt zu rufen. Zuvor hat der erfahrene, kriegsgestählte Staatsmann noch seine Mitarbeiter gewarnt: „*Ihr seid blind wie junge Kätzchen. Was werdet ihr ohne mich machen? Unser Land wird zugrunde gehen, weil ihr es nicht versteht, Feinde zu erkennen.*“ Leider sollte der Generalismo auch diesmal recht behalten.

Man hat seine Warnungen nicht gefahrlos in den Wind geschlagen. Das bald um sich greifende Gefasel von systemarer Annäherung im Zeichen der Konvergenztheorie und dergleichen folgenschwere Verharmlosungen trugen bittere Früchte.

¹⁵Die Autoren Sayers/Kahn, die schon die geheimdienstliche, faschistische Unterwanderung der USA jener Tage in ihrem Buch „Sabotage – ein Angriff auf den Weltfrieden“ (Orig. englisch) haben als Mitglieder eines Kongressausschusses jede Menge einschlägiger Quellen studiert und belegen die Verbindungen zwischen Trotzlisten, Sozialrevolutionären und Geheimdiensten u.a. auch anhand von Botschafter Memoiren und Kongressdokumenten

Rufmord und Verleumdung, eine der wichtigsten Kampfmethoden des Faschismus

Der eigentliche Todesstoß galt dem geistigen Erbe der sowjetischen Lichtgestalt. Drei Jahre nach Stalins Tod putschte sich Chruschtschow, ein übrig gebliebener Parteigänger Trotzki's, endgültig an die Spitze der Sowjetgesellschaft. Seine Gegner wurden rasch beseitigt. Der von den Trotzkiisten verhasste Chef des Sicherheitsdienstes, Berija, wurde nach Anordnung Chruschtschows, ohne langen Prozess erschossen. Er, Chruschtschow, war es, der Methoden anwandte, die er später seinem Kontrahenten unterschob. Sofort nach Stalins Tod 1953 wurden sozialistische Errungenschaften abgebaut, wurden Maßnahmen befohlen, die bald zu größerem Unmut führen mussten. So etwa geht auch der "Aufstand" der Bauarbeiter vom 17. Juni 1953 an der Stalin-Allee gegen die Normerhöhung, bald zum Volksaufstand hochstilisiert, auf Chruschtschows Weisung zurück. Die Arbeitsnormen waren auf neu-sowjetischen Befehl hin erhöht worden. Angeblich um die Reparationszahlungen rascher begleichen zu können, in Wirklichkeit um die Sowjets und deren Freunde in Misskredit zu bringen¹⁶. Dringende, anderslautende Empfehlungen der DDR-Regierung hatte man in Moskau ignoriert. Das war dann der Beginn der 35 Jahre später so "friedlich" verlaufenen (Konter-)Revolution.

Chruschtschow ein Spießgeselle der faschistischen Zerstörungsarbeit

Es handelte sich beim selbstherrlich auftretenden Staatschef Chruschtschow der Nach-Stalin Zeit um denselben Mann, der die Moskauer Untergrundbahn zu verantworten hat und der sich in der Ukraine als besonders tüchtiger „Trotzkistenjäger“ hervorgetan hatte. Auf sein Konto ging so manche ungerechtfertigte Beseiti-

¹⁶Das mag auf den ersten Blick wie ein Paradoxon klingen, ist es aber nicht, wenn man begreift, dass an der Spitze des Sowjetstaates nach Stalins Tod ein Agent des Imperialismus stand, ein Vertreter der US-Geheimdienste. Er war nicht allein. Es handelt sich bei seinen Gesinnungsgenossen und Mittätern um jene Kräfte, denen selbst ein Roosevelt, ein amerikanischer Sozialdemokrat, ein Dorn im Auge war. Gleiches galt ja für die Kennedy-Brüder, die dem militärisch-industriellen Komplex dieses imperialistischen Landes Einhalt gebieten wollten. Diese Kräfte haben mit Hitler-Deutschland konspiriert und wie etwa Ford die Nazis auch gesponsert. Die Nachfolger dieser Kräfte sind bis heute am düsteren Werk, siehe Interview Ken Jebsens mit Willy Wimmer (CDU) vom 9. Juni 2014 <http://pwasowa.blogspot.de/2014/06/willy-wimmer-im-gesprach-mit-ken-jebsen.html>

gung redlicher Kommunisten in den 30iger Jahren und später.¹⁷ Der Mann konnte sich alles erlauben, er hatte mächtige Gönner im Ausland.

Chruschtschows nachgeschobene, den Genossen aufoktroierte Rede auf dem 20. Parteitag der KPDSU 1956 eröffnete das posthume Feuer auf Stalin. Das Manuskript dazu stammt höchst wahrscheinlich aus der Feder des CIA. In den USA wurde es immerhin zuerst veröffentlicht. Im Lande der Sowjets distanzierte sich Chruschtschow zunächst von dieser 'streng geheimen' Schmuggelware. Auf diesem von Chruschtschow in undemokratischer Manier durchgepeitschten Redebeitrag, der nicht diskutiert werden konnte, basiert die ganze verlogene Stalinhetze der nachfolgenden Jahre. Es hat, trotz der martialischen Schützenhilfe von außen, Jahrzehnte gedauert, den Ruf des großen Staatsmannes Stalin grundlegend zu erschüttern. Anlässlich seines Todes versammelten sich zunächst fassungslose Millionen Sowjetmenschen auf dem Roten Platz in Moskau und fragten *"Was soll jetzt werden?"* Wegen mangelnder Voraussicht der neuen Herren im Kreml kam es, vielleicht sogar nicht ganz ungewollt, zu Todesopfern unter den Trauernden, die von Stalin Abschied nehmen wollten.

Auch in anderen Teilen der Welt weinten viele um den toten Sowjetführer. In Frankreich war Staatstrauer angesetzt. Menschen in der ganzen Welt beklagten das Ende des großen Repräsentanten einer großartigen Nation. Die Sowjetunion war in den Augen der Welt die Nation, die den Kampf gegen Hitler unter Anleitung ihres begabten Militärstrategen Joseph Vissarionovich Djugahswili erfolgreich geführt hatte. Der Übername „STALIN“ - der Stählerne - war ihm von seinen Mitstreitern schon früh gegeben worden.

Wer es nach Chruschtschows Parteitags-Rede am 24. Februar 1956 noch wagte, gegen das ab jetzt verordnete STALIN-Bild¹⁸ Einwände zu erheben, wurde ziemlich rasch zum Schwiegen gebracht. Unerwartet starben hintereinander die Inter-

¹⁷ Grover Furr, Khrushchev Lied, S. 250ff

¹⁸Das Dilemma, gegen das wir Friedenskräfte anzuarbeiten haben, ist die durch Chruschtschow erfolgte posthume Stigmatisierung seines Kollegen Stalin zum Massenmörder. Der sowjetische Staatschef wird durch die Chruschtschow-„Geheim-Rede“ auf dem XX. Parteitag der KPdSU auf eine atemberaubende Weise verunglimpft, die es nachfolgenden Generationen verunmöglich hat, ein objektives Bild zu erlangen. Forscher der Zukunft müssen Müllhalden von Schutt abtragen, um das wahre Bild dieser großen historischen Persönlichkeit wieder hervortreten zu lassen. Beginnen könnte man immerhin mit der Lektüre seiner Schriften, in denen der Geist des Politikers präsent ist.

nationalisten Maurice Thorez und sein italienischer Kollege Togliatti. Am Ende eines langen Prozesses war das vom Imperialismus angepeilte Ziel erreicht. Das einst hohe Ansehen des Staats- und Parteiführer aus Georgien war jetzt dermaßen in den Schmutz gezogen, dass kaum ein ehrlicher Mensch sich mehr getraut, dessen Namen überhaupt in den Mund zu nehmen. STALIN gilt heute dem größten Teil der Menschheit als 'Gottseibeius'. Die realen Verhältnisse wurden auf den Kopf gestellt. Der armselige neue Staats- und Parteichef brachte sie bald zum Tanzen.

Chruschtschow, Stalins Erzfeind, war es, der nach dessen Tod ganz rasch Fakten schuf. Die strategisch wichtige Krim "verschenkte" er - folgenreich - an seine Freunde in der Ukraine. Er handelte unter Umgehung einer demokratischen Entscheidungsfindung, vermutlich auf Empfehlung seiner Einflüsterer. Er ging an die Grundlagen der Sowjetwirtschaft. So löste er die für die kollektivierte Landwirtschaft so basialen Traktoren-Maschinenparks auf.

Chruschtschows widersprüchliche und oft peinliche Auftritte und seine allmähliche Auslieferung des großen Sowjetlandes in die Hände seiner Gegner, wurden 1964 vorerst gestoppt. Die Unterminierung der Sowjetunion von innen her war aber zu diesem Zeitpunkt schon weit vorangekommen.

Die giftigen Früchte seiner Arbeit gingen dennoch erst unter Gorbatschow so richtig auf und wurden dann von Jelzin und Konsorten gepflückt. Der ihm nachfolgende populäre Präsident Putin allerdings hat der Demontage und dem Ausverkauf des immer noch großen Russland vorerst Einhalt geboten. Er leistet damit dem Frieden in der Welt große Dienste. Das Rad der Geschichte kann aber auch er nicht zurückdrehen, will es vielleicht auch nicht. Putins Widerstand gegen den Ausverkauf seines Landes, seine Verteidigung nationaler Interessen, reichen aber dem Imperium aus, um in dem Mann einen neuen Stalin oder auch einen neuen Hitler auszumachen, alles gleich. Das eine, dem Untergang verschriebene Prozent mobilisiert jeden denkbaren Widerstand gegen den Russen, der ihren strategischen Plänen im Wege ist. Denn die großen Schätze des weiten Reiches wollen in kolonialer Manier für ein Umsonst gehoben werden. Die neualten Imperial-Mächten, wozu unser Land sich zählt, machen solche Ansprüche wie selbstverständlich geltend. Für den Zugriff auf die Rohstoffe und Märkte Russlands ist ihnen kein Einsatz zu hoch. Es gibt, wie man in Syrien und jetzt in der Ukraine sieht, kein Verbrechen, das sie nicht bereit sind zu begehen. Für die Ausplünderung des ressourcenreichen, weiten Russland ist ihnen kein Preis zu hoch.

Deswegen, um seine Vormachtstellung zu verteidigen gegen jeden potentiellen Herausforderer, kriecht der Faschismus immer wieder aufs Neue hervor. Er will die Welt beherrschen.

Ihm Einhalt gebieten, heißt also zu allererst seine Natur, seinen Auftrag verstehen, heißt Opfer und Täter unterscheiden lernen, heißt mit seinen verbrecherischen Lügenmärchen aufzuräumen. Erst dadurch kann der Aufbau einer neuen Gegenbewegung erfolgreich sein und so diesmal für immer mit dem Zwillings-Monster Faschismus und Krieg aufräumen.

Anfang einer umfänglichen, kommentierten Literaturliste:

Zuverlässige Aussagen über die Sowjetunion zur Stalin-Zeit findet man kaum noch nach 1953!

Will man einen ehrlichen, unverstellten Blick auf die der Zeit 30iger vierziger oder frühen fünfziger Jahre werfen, gilt es, Zeugnisse von Zeitgenossen der Aufbaujahre zu konsultieren. Um an alte Bücher zu kommen hilft oft nur, Antiquariate zu durchforsten.

„**Dimitrov - A Biography**“ von Stella Blagoyeva, New York 1934 Die wunderbare Originalausgabe der Dimitrov-Biografie ist das Werk einer Zeitgenossin und Revolutionärin. Ich habe es aus dem Nachlass von Genfer Freunden. Demgegenüber erscheinen einem die im Jahr 2000 im Aufbauverlag posthum erschienenen „Tagebücher Dimitrovs“ samt Materialien als Plagiat. Man möchte Georgi Dimitrovs Wort vor dem Leipziger Gericht all jenen entgeschleudern, die in Nachfolge der Nazis die Kommunisten immer noch fürchterlicherer Verbrechen bezichtigt haben: *„Bringt jene vor Gericht, die uns Kommunisten auf die Anklagebank setzen unter der Anschuldigung solch schmutzige Geschäfte wie die Inbrandsetzung des Reichstagsbrandes betrieben zu haben.“*(S.88) : *„Die Aufgabe der Kommunisten besteht darin, das Millionenheer der schwer schuftenden Menschen dafür zu mobilisieren, ihre Tagesinteressen gegen die Ausplünderung durch das Monopolkapital zu verteidigen, gegen Faschismus, Notstandsdekrete, gegen Nationalismus und Chauvinismus durch Demonstrationen, durch politische Streiks. Die sozialdemokratisch orientierten Massen sind zu gewinnen, die Schwäche der Gewerkschaften zu überwinden...“*(S.108 , *Übersetzung I. Eckert*) So definiert Dimitirov die anstehenden Aufgaben und Taktiken kämpferisch vor einem NAZI-Gericht .

Lion Feuchtwanger, Moskau 1937 - Ein Reisebericht für meine Freunde, Berlin 1993. Das Buch ist leider in der **Neuaufgabe** mit negativ konnotierenden, nachgetragenen Anmerkungen und einem entsprechend unschönen Nachwort vom Herausgeber

versehen (Aufbau Taschenbuch Verlag). Feuchtwanger gibt eine differenzierte, einfühlbare Darstellung, die sich überzeugt von der Schuld der Angeklagten Trotzlisten äußert, deren Prozess er vor Ort mitverfolgen konnte.

„20 Jahre Sowjetmacht – Ein Handbuch über die politische, wirtschaftliche und kulturelle Struktur der UdSSR, Editions Promethee, Straßburg, 1937, 319 Seiten, Autorenkollektiv unter der Redaktion von G. Friedrich, F. Lang (aus der „Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung Zürich“ mit Stempel „ausgeschieden“, antiquarisch für 20.- Euro! im Roten Antiquariat Berlin erstanden)

Henri Barbusse "STALIN" - eine neue Welt, Paris 1937, Editions du Carrefour, übersetzt ins Deutsche von Alfred Kurrella. Henri Barbusse war mit 40(!) Kriegsfreiwilliger im 1. Weltkrieg, wurde weltberühmt durch seinen Antikriegsroman „Le Feu“ (Das Feuer), schrieb unter anderem zwei Jesus-Romane über die Verleumdung des Erbes dieses Mannes („Jesus“ und „Die Judasse des Jesu“), gründete nach dem Krieg den Frontkämpferbund, hat die ganze Welt bereist, zuletzt die Sowjetunion, wo er starb. 1932 hat er die großen Schriftsteller der Welt in Amsterdam zu einem „Antifaschistischen Kongress“ zusammengerufen. Die Literaturnobelpreisträger Roman Rolland und Anatol France haben ihn wohlwollend unterstützt. Mit seinem Stalin-Buch über den Sowjetführer würdigt Barbusse vor allem auch die großen Aufbauleistungen des Sowjetvolkes. Bis zum unerwartet plötzlichen Tod des Autors arbeitete dieser an einem Filmprojekt über die Sowjetunion.

Max Seydewitz, "Stalin oder Trotzki", Malik Verlag, London, Februar 1938, gedruckt in der Tschechoslowakei, 512 Seiten. Max Seydewitz, * 19. Dezember 1892 in Forst (Lausitz); † 8. Februar 1987 in Dresden, war Politiker verschiedener linker Parteien (unter anderem SPD) und Ministerpräsident von Sachsen. 1924 wurde Seydewitz in den Reichstag gewählt, 1931 aus der SPD ausgeschossen. Das Buch gibt einen sehr guten Einblick in so grundverschiedenen Charaktere und das diametral entgegengesetzte Wirken der beiden Politiker.

Annette Vidal , Henri Barbusse, 1955, Verlag Volk und Welt . Die Sekretärin von Barbusse, die ihn bis zuletzt begleitet hat, setzt dem Schaffen des Schriftstellers, Kriegsgegners und Antifaschisten ein Denkmal.

Hewlett Johnson (Dean of Canterbury) "The Socialist Sixth of the World", London Dec. 1939 by Victor Gollancz (Erstveröffentlichung), Juli 1942, sechzehntausendste Auflage. Ein wunderbar positives Buch eines Kirchenmannes, der die große Sowjetunion mehrfach vor und nach dem Kriege weit bereist und auch mit Stalin gesprochen hat.

Bericht über den „Kongress für Amerikanisch-Sowjetische Freundschaft“ (1943/44) Diese Broschüre fand sich (undatiert) im Nachlass eines kanadischen UN-

Beamten in Genf. Der Zeitpunkt des Erscheinens der Broschüre mit den Dokumenten liegt zwischen dem Herbst 1943 und dem Jahr 1944. **Joseph E. Davies, der ehemalige Botschafter der USA in Sowjetrußland**, der im übrigen als Jurist auch die Moskauer Prozesse beobachtet hat, war Ehrenvorsitzender des Kongresses im Madison Square Garden, New York. Er brachte eine bemerkenswerte EntschlieÙung ein, in der es anfänglich heißt: *"Über unseren großartigen Botschafter, Maxim Litvinov, den wir mit Stolz heute hier ehren, übermitteln wir unsere Grüße an Joseph Stalin, den Premier und gleichzeitigen Oberbefehlshaber der Streitkräfte des sowjetischen Volkes. Unsere GrüÙen gehen auch an die übrigen Vertreter der Sowjetregierung, die es auf beeindruckende Weise verstanden haben, alle menschlichen und materiellen Ressourcen ihres großen Landes zu mobilisieren und sie für die Verteidigung des humanen Fortschritts und der menschlichen Zivilisation in Stellung zu bringen."* **US-Vize-Präsident Wallace** hielt eine historische Rede, die im Kongressbericht enthalten ist. Der Kongressvorsitzende Corliss Lamont sagte: *"Die epische Tapferkeit und die unvergleichliche Einheit des Sowjetvolkes im Krieg gegen den faschistischen Eindringling ist nicht plötzlich vom Himmel gefallen am 22. Juni 1941, sondern hat ihre Wurzeln in dem neuen Leben, zu dem die Sowjetmenschen erwacht sind, nachdem sie ihre Ketten am 7. November 1917 abgeschüttelt haben."* Er unterstrich, dass **Wallace**, angeregt hatte, das **Datum der Oktoberrevolution neben dem 4. Juli** als Meilenstein auf dem Wege der Menschheit in die Freiheit zu erachten. **Bürgermeister La Guardia** hatte 1943 den **8. November zum "Stalingrad-Tag"** erklärt.

Jessica Smith, "People Come First", New York, 1948. Jessica Smith kam 1922 mit der Quäkerhungerhilfe erstmals in das schwer heimgesuchte Land der Sowjets. Sie arbeitete zwei Jahre lang in der Wolga-Gegend. 1926 kehrte sie in den Kaukasus zurück, wo sie mit einer wissenschaftlichen Arbeitsgruppe aus den USA den Sowjetischen Bauern agrarwirtschaftliche Methoden vermitteln half. 1935 besuchte sie die Krim, die Ukraine und den Ural. 1947 reiste sie mit ihrer Kollegin **Anna Louisa Strong** (sowjetfreundliche Journalistin und Buchautorin, z. B. „*When Servs stood up*“ über Tibet) zurück in ihre Heimat. Ihr Buch ist ein liebevoller Bericht über die Leistungen des Sowjetvolkes.

Falsification of History – text of a communiqué issued by the Soviet Information Bureau, Moscow, February, **1948**, published by the information Bulletin of the Embassy of the Union of Soviet Socialist Republics, Washington D.C. Wiederlegung der diffamierenden Darstellung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes aus sowjetischer Sicht.

Michael Sayers und Albert E. Kahn, "Die große Verschwörung gegen Rußland", Verlag Volk und Welt 1949; Originalausgabe: **"The Great Conspiracy**

Against Russia by Michael Sayers and Albert E. Kahn, Authors of "Sabotage", Special Introduction by Senator Claude Pepper, New York Feb. 1946

A.M. Pankratowa, Das Sowjetland – Die Vergangenheit des Sowjetlandes 1917-1947, SWA-Verlag, Berlin 1947, (309 Seiten)

Isaac Deutscher, Stalin - a Political Biography 1949, Oxford University Press. Der Brite polnischjüdischer Herkunft, Isaac Deutscher, war Mitherausgeber der bedeutenden Zeitschrift „The Economist“. Er ist zwar nicht objektiv, aber er lässt seinem Kontrahenten - Stalin - doch ein Minimum an Gerechtigkeit widerfahren. So wollte es wohl der Zeitgeist der unmittelbaren Nachkriegszeit. Das Buch enthält erstaunliche Informationen, die man heute so nicht mehr findet. (Das Original stammt aus dem Nachlass von Genfer Freunden.)

"Unserem Freund und Lehrer J.W. Stalin zum siebzigsten Geburtstag", Dietz-Verlag 1949. Das Buch umfasst 328 Seiten (antiquarisch 75,-Euro). Es enthält Beiträge u.a. von **Wilhelm Pieck, Otto Grothwohl, Franz Dahlem**. O. Grothwohl schreibt: *"Die Westeuropäische Union (ist) gegen die UdSSR und die Staaten der Volksdemokratie abgeschlossen worden. Die Westeuropäische Union ist eine militärpolitische Ergänzung zu der ökonomischen Vereinigung westeuropäischer Länder, die zur Durchführung des Marshallplans auf Betreiben des amerikanischen Monopolkapitals geschaffen wurde....Die Nordatlantunion ist wie ein Sprengstollen unter der Organisation der Vereinten Nationen.... Die Propagierung dieser Paktabschlüsse (ist) von einer beinahe unverhüllten Kriegshetze gegen die Sowjetunion begleitet."* ...und weiter unten: *"Für oder gegen den Frieden das ist die große Frage , die die Menschheit beantworten muss."*

"Das Verbrechen von Katyn" - Neuveröffentlichung des Berichts der Sonderkommission zur Feststellung und Untersuchung des Tatbestandes der Erschießung kriegsgefangener polnischer Offiziere durch die faschistischen Okkupanten im Wald von Katyn **erstveröffentlicht in der Sowjetpresse am 26. Januar 1944**, Verlag Roter Morgen, Stuttgart 1955

Albert Norden, Fälscher – Zur Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen, Dietz-Verlag, 1959. Der Sohn eines Rabbis war Professor für Geschichte und hatte eine führende politische Rolle in den Aufbaujahren der DDR inne, ein echter Beitrag zur Aufklärung über die Machenschaften und Fälschermethoden der NAZIS, mit denen sie bereits die Sowjetunion von innen her zerstören wollten. Brennend aktuelle Lektüre zum Verständnis der Machenschaften von Auslandsdiensten zur Untergrabung der Souveränität von Staaten.

David Horowitz, Kalter Krieg – Hintergründe der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam, Berlin 1969 (amerikanisches Original 1965) Die mit Hilfe eines schwe-

dischen Stipendiums geschriebene Studie ist trotz ihrer teilweisen Geschichtsblindheit, mit der sie antikommunistischen Quellen manchmal vertraut, sehr informativ und aufdeckend. Ihm verdanke ich u.a. den Hinweis, dass die Metapher vom „Eisernen Vorhang“ von Goebbels stammt, der den Begriff nach der Konferenz von Jalta (auf der Krim!) geprägt hat.

Ludo Martens, "Die UdSSR und die samtene Konterrevolution", Original Französisch, Berchem, Belgien, 1993, ISBN 90 6448006

ders. Stalin anders betrachtet, 1994, ISBN 90 6445 728X (Original Französisch). Der belgische Kommunist hat viel über den (belgischen) Kolonialismus in Afrika publiziert. Sein Beitrag eröffnet sozusagen die Neubefassung mit der historischen Gestalt Stalin. Es enthält der damaligen Quellenlage geschuldete Mängel.

Karl Wiesinger, "1938" - ein Roman, Buchgemeinde Wien 1967. Ein ganz wichtiges Zeitgemälde, sehr gut zu lesen

Yvan Vanden Berghe, Der Kalte Krieg 1917-1991, Leipziger Universitätsverlag GMBH, 2002. Originalausgabe Niederländisch Leuven 2002. Der Autor ist kein Historiker, er stützt sich auf eine kritische Lektüre der verfügbaren Literatur. Seine Arbeit geht auf ein 1987 zuerst erschienenes Fernsehdrehbuch zurück und wurde aus NATO-Kreisen verketzert, was für seine Qualität spricht. Wir erfahren auf Seite 95 etwa: *“So kämpfte eine starke Guerillaarmee ukrainischer Nationalisten noch bis 1952 in der Westukraine gegen die Sowjets.“* Eingangs zitiert der um Objektivität und Fairness bemühte Journalist Vanden Berghe, ein Anhänger der Entspannungspolitik, **Chruschtschow mit den Worten: “Historiker sind gefährliche Leute; sie sind imstande, alles durcheinander zu bringen. Sie müssen kontrolliert werden.“** Das Buch setzt alle Hoffnung auf das Ende der Kalten Kriegspolitik. Sein Blickwinkel ist dem Zeitgeist gemäß „anti-stalinistisch“, enthält aber viele inzwischen kaum noch zur Kenntnis genommene, Fakten. An wichtigen Stellen, wie etwa zum Massaker an den polnischen Offizieren im Wald von **Katyn**, übernimmt Vanden Berghe aber völlig unkritisch die **Darstellung der Nazis**. Immerhin erwähnt er, dass die Sowjets jegliche Schuld am Blutbad von Katyn leugneten und den Deutschen die Verantwortung zuschrieben. Den Bericht der sowjetischen Sonderkommission von 1944, siehe oben, scheint er nicht zur kennen (S. 69/70)

„J.W. Stalin – Ein kurzer Abriss seines Lebens und Wirkens“, Autorenkollektiv, Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Offenbach 2003, 409 Seiten, TB 15,- Euro, (ISBN 3-932636-65-1) Dieses ganz außerordentliche Buch war mein erster erhellender Blick und eröffnete mir den Zugang zu einer ganz anderen Sicht auf Stalin, als der, die uns verordnet wurde.

Kurt Gossweiler , Wider den Revisionismus, München 1997.

ders. „Die Taubenfußchronik oder die Chruschtschowiade 1953 bis 1964“, 2 Bände, München 2005 (ISBN 3-00-015517-1) Der Kriegsteilnehmer Gossweiler, Überläufer ins Sowjetland, Kommunist der frühen Stunde, nach Jahren der Kriegsgefangenschaft im Sowjetland Faschismusforscher an der Akademie der Wissenschaften in der DDR, ist ein international renommierter Historiker. Die hier zitierten Bücher protokollieren gewissermaßen sein von Anfang an vorhandenes Misstrauen gegenüber dem Wirken Chruschtschows, in dem er früh schon einen Feind der Sowjetunion erkannte, womit er sich quer zu den Vorgaben auch seiner Kollegen und seiner mit der Sowjetunion „befreundeten“ Gesellschaftsordnung befand.

Luciano Canfora, Zeitenwende 1956. Entstalinisierung, Suezkrise, Ungarnaufstand, Köln 2012 Das Büchlein (129 Seiten) ist oberflächlich, inkonsequent, übernimmt Klischees, aber es finden sich auch hier Anstöße für eine Neubewertung.

Robert Service, Trotsky – A Biography, London 2009. Gegen die deutsche Veröffentlichung dieses in mancher Hinsicht bemerkenswerten Buches bei Suhrkamp liefen die Trotzlisten Sturm. Jetzt ist es vorhanden. Eigenwerbung: „Robert Service, Professor für Russische Geschichte und Spezialist für Russische Revolutionsgeschichte, hat viele Jahre unveröffentlichtes Archivmaterial gesichtet und eine packende Biographie vorgelegt.“ Service bringt ein insofern differenziertes Bild des West-Agenten, als er auch gewisse üble Schattenseiten des im Westen hofierten Stalin-Gegners nicht verschweigt. Auch nach Service Darstellung hat der angebliche Revolutionär aktiv mit dem britischen und US-amerikanischen Geheimdienst zusammengearbeitet. (S. 219 engl. Ausgabe) Er war Sohn eines reichen jüdischen Großgrundbesitzers in Süd-Russland am Schwarzen Meer, ist in der damaligen Ukraine geboren. Service lässt seinen Helden durchaus als skrupellosen Machtpolitiker auftreten, der seine Gegner auch physisch wegräumt. Sein Mörder im Mexikanischen ist auch bei Service der dafür von mexikanischen Behörden verurteilte Jacson, der ein vergleichsweise mildes Urteil erhielt. Trotzki's amerikanischer Anwalt Albert Goldman durfte Jacson stundenlang verhören und versuchte ihn zu der Aussage zu bewegen, dass nicht die IV. Internationale, sondern der sowjetische Geheimdienst sein Auftraggeber gewesen sei. Jacson weigerte sich zu kooperieren. Er sagte stattdessen, dass Trotsky ihn in die UdSSR hatte schicken wollen, wo er Attentate hätte ausführen sollen. Jacson hat sich geweigert anders lautende Aussagen zu machen. (S. 492ff) So steht es bei Service.

Dominico Losurdo, Stalin - Geschichte und Kritik einer schwarzen Legende, Köln 2012 (deutsche Übersetzung aus dem Italienischen (Rom 2008). Obwohl Losurdo die Legende von den „furchtbaren Verbrechen“ Stalins weiterspinn, so konzediert er doch, dass die SU angesichts des Überfalls der Hitlerarmee einen Kolonisationsversuch abzuwehren hatte, dessen Ziel die Vernichtung oder doch zumindest Versklavung der einheimischen Bevölkerung gewesen war. Auch weist er in vielerlei

Hinsicht die unhaltbare Verunglimpfung des Sowjetführers durch Chruschtschow zurück. Insbesondere lässt er westliche Stimmen, gerade auch die von Militärhistorikern sprechen, die der Diffamierung durch Chruschtschow, der Marschall der SU habe keine Ahnung von seinem Geschäft gehabt, Hohn sprechen. Immerhin scheint sich der Beginn einer Neubewertung des Geschehens zur Stalinzeit langsam anzudeuten.

Wichtig ist für den Beginn einer solchen Neubewertung vor allem die in viele Sprachen, aber bezeichnender Weise nicht ins Deutsche übersetzte Studie:

Grover Furr, Khrushchev Lied, Ohio USA 2011, (Erstausgabe 2007) ISBN:978-0-615-44105-4. Der des Russischen mächtige Sprach- und Literaturwissenschaftler und Historiker, Professor an der Montclair-Universität in New Jersey, analysiert erstmals auch historisch sachkundig die ominöse Rede Chruschtschows auf dem 20. Parteitag und weist die in ihr enthaltenen Lügen nach. Er arbeitet eng mit russischen Wissenschaftlern zusammen. Natürlich wird der 70-jährige Mann entsprechend diffamiert. Sein Buch ist in Europa schwer zu bekommen. Ich habe es aus Kanada. In der bisher einzigen Buchbesprechung heißt es: „Furr stützt sich ausschließlich auf Primärquellen und Archivmaterialien, von denen er viele eingescannt und auf seiner webseite hochgeladen hat.“ Alfonso Casal. <http://chss.montclair.edu/english/furr/research/kl/bibliography.html>

Siehe auch: "**The Katyn Forest Whodunnit**" by **Grover Furr**. Siehe dessen homepage <http://msuweb.montclair.edu/~furr/> http://msuweb.montclair.edu/~furr/research/furr_katyn_preprint_0813.pdf

Nach der Europawahl

ZK der KKE: Erklärung zur Haltung der Partei im Europäischen Parlament

1. Das Zentralkomitee der KKE befasste sich mit dem in den letzten Jahren zurückgelegten Kurs der Fraktion „Vereinte Linke/Nordische Grüne Linke“, sowie mit der Sachlage nach der Zusammensetzung des Europaparlaments nach den neuesten Wahlen. Das ZK beschloss, dass die KKE-Europaabgeordneten keiner Fraktion des Europäischen Parlaments beitreten werden. Das ZK weist auf die grundlegende Verpflichtung der KKE gegenüber dem griechischen Volk hin, nämlich die volksfeindlichen Pläne der EU zu enthüllen, und vor allem dazu beizutragen, dass der Kampf der Völ-

ker gegen die imperialistische EU gestärkt wird, um die Monopole zu vergesellschaften, damit die Völker sich aus der EU loslösen und ihre eigene Herrschaft erringen. Dieser Verpflichtung kann nicht nachgekommen werden, wenn die Europaabgeordneten der KKE politischen Fraktionen angehören, deren Hauptlinie die Beschönigung und die Unterstützung der EU ist.

2. Die KKE beteiligte sich bis vor kurzem an der Fraktion der Vereinten Linken/Nordischen Grünen Linken (GUE/NGL). Die Beteiligung der Partei an dieser Fraktion seit 1994, unter anderen Bedingungen als heute, ist durch die Notwendigkeit der Ermöglichung des politischen Eingreifens der KKE-Abgeordneten und durch die Nutzung einiger Möglichkeiten für die Koordinierung der Arbeit mit anderen kommunistischen Parteien zustande gekommen. Von Beginn an konstituierte sich die GUE/NGL auf einer konföderalen Basis, d.h. ohne gemeinsame ideologisch-politische Plattform oder programmatische Annäherungen, bei Einhaltung der ideologisch-politischen Eigenständigkeit jeder Partei und mit Absprachen über technische Fragen der Arbeit im Europaparlament. Während dieser 20 Jahre, verschärft nach der Gründung der Europäischen Linkspartei (ELP), ging innerhalb der GUE/NGL eine ständige Auseinandersetzung der KKE mit den Kräften der ELP vorstatten, die versucht hatten, ihre Positionen als Positionen der gesamten Fraktion durchzusetzen. Sie haben bei jeder Gelegenheit versucht, den konföderalen Charakter der Fraktion zu durchbrechen. Eine führende Rolle dabei spielten die ELP-Parteien, hauptsächlich Die Linke aus Deutschland und SYRIZA.

3. Diese Situation verschlechterte sich zusehends in der letzten Zeit. Konkret sieht die Lage wie folgt aus: Der konföderale Charakter der GUE/NGL hat sich in der Praxis vollkommen verändert: die ELP-Parteien treten als Gruppe geschlossen mit gemeinsamer Linie auf, sie sprechen in den Ausschüssen und in den Plenartagungen auf der Basis einer gemeinsamer Plattform und legen die politischen Standpunkte der ELP als Positionen der GUE/NGL dar. Die Situation verschlechtert sich, indem die EU im Rahmen ihrer weiteren reaktionären Entwicklung dem Wirken der Europäischen Parteien den Vorrang gewährt, die eine weitere Stärkung der Kommission und ihrer krakenartigen Apparate gewährleisten.

Gegen die KKE werden Angriffe ausgelöst und es wird versucht, ihre Positionen zu verfälschen oder totzuschweigen.

Es werden „gemeinsame Positionen“ zu wichtigen Fragen der EU-Politik und zu den internationalen Entwicklungen kommuniziert, trotz den Einwänden der Gruppe der KKE-Europaabgeordneten, die in vielen Fällen ebenfalls totgeschwiegen werden.

Die Kooperation der GUE/NGL mit den Fraktionen der Sozialisten und der Grünen zur Bildung eines angeblichen „linken Blocks“ wird methodisch angestrebt, was durch die Stellungnahmen des Kandidaten der ELP für den Kommissionsvorsitz, Al. Tsipras, bestätigt wird. Im Europäischen Parlament wurden gemeinsame Entschlüsse für sehr wichtige Fragen mitunterzeichnet, unter Beteiligung sogar der Europäischen Volkspartei und der Liberalen (z.B. Gemeinsame Entschlüsse zur Festlegung des mehrjährigen Finanzrahmens für die Jahre 2014-2020).

Politische Kräfte in der GUE/NGL, wie Die Linke aus Deutschland, beteiligen sich an der antikommunistischen Kampagne der EU, an der Verfälschung der historischen Wahrheit, an der unhistorischen Gleichsetzung des Kommunismus mit dem Faschismus, an der Verleumdung des sozialistischen Aufbaus und der Errungenschaften der Arbeiterklasse.

4. In all diesen Jahren widersetzte sich die Gruppe der KKE-Europaabgeordneten dieser gefährlichen Entwicklung. Sie kämpfte gegen die inakzeptable Haltung von Parteien und Abgeordneten der GUE/NGL, die den Krieg in Libyen, die Intervention der EU in die Zentralafrikanische Republik, die Einmischung in die inneren Angelegenheiten Syriens und die Zersetzungskampagne gegen Kuba unterstützten oder die Intervention der EU in der Ukraine nicht verurteilten. Die KKE-Abgeordneten kämpften gegen die Position der ELP, dass es angeblich eine Krisenverwaltung zugunsten des Volkes geben kann, während die Monopole an der Macht bleiben. Sie setzten sich mit Standpunkten auseinander, die den imperialistischen Charakter der EU beschönigen und behaupten, dass diese Vereinigung der Monopole zu einer Vereinigung zum Wohle der Völker werden kann. Trotz den Anstrengungen der KKE wird GUE/NGL als Werkzeug der ELP benutzt. Als Ergebnis all dessen entsteht eine äußerst negative Situation, und die Fortsetzung unserer Beteiligung an der GUE/NGL erschwert sich objektiv.

Der Verbleib der KKE in einer Fraktion, in der diese Kräfte herrschen, würde zu einer Bremse für die ideologische, politische und organisatorische Eigenständigkeit der Partei im EU-Parlament, bei der Förderung der Strategie zugunsten der Arbeiterklasse und der Volksschichten in unserem Land und in Europa, beim Wiederaufbau der kommunistischen Bewegung in Europa.

Gleichzeitig würde die Fortsetzung der Beteiligung der KKE an der GUE/NGL als ein „linkes Alibi“ zur Durchsetzung der opportunistischen und sozialdemokratischen Politik von Parteien genutzt, die zugunsten der EU wirken und die kapitalistische Barbarei hinnehmen.

5. Weder der Nicht-Beitritt der KKE-Europaabgeordneten in eine bestimmte vorhandene politische Fraktion, noch die einengende Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments kann das politische Eingreifen der KKE verhindern. Die Europaabgeordneten der KKE werden, ohne jedwede Bindung eingehen zu müssen, ihren Kampf für die Interessen und die Rechte der Arbeiterklasse und der Volksschichten fortführen, gegen die EU und ihre Politik, gegen die kapitalistische Barbarei. Sie werden so das Recht auf eine eigenständige, effektivere ideologisch-politische Arbeit der KKE garantieren. Sie werden weiterhin den Charakter der EU, aber auch die unheilvolle Rolle der Parteien um die ELP entlarven, jener Parteien, die den Kampf gegen die EU und für den Sturz der Herrschaft des Kapitals in ihrem Land und darüber hinaus aufgegeben haben. Diese Kräfte haben mit ihrer Politik der Beschönigung der EU, mit ihrer promonopolistischen Haltung in der Bewegung, mit ihrer Beteiligung an volksfeindlichen Regierungen (Italien, Frankreich, Regionalregierungen in Deutschland und Spanien), nicht nur im Geringsten die Interessen des Volkes vorangetrieben, sondern führten die Arbeiter- und Volksbewegung in ihren Ländern zur Assimilation und zum Rückzug.

6. Unermüdlich wird die KKE ihre Anstrengungen zum Wiederaufbau der kommunistischen Bewegung fortführen, zur Entwicklung bilateraler Beziehungen mit den im Europäischen Parlament vertretenen kommunistischen Parteien, mit Dutzenden kommunistischen Parteien in Europa und in der ganzen Welt. Sie wird kämpferisch bei den internationalen und regionalen Treffen präsent sein, sowie ihren Beitrag im Rahmen der INITIATIVE der 29 kommunistischer und Arbeiterparteien in Europa gegen die Europäische Union, ihre Parteien und ihre Politik, zur Entwicklung des gemeinsamen Handelns für die Interessen der Völker verstärken.

Athen, 3. Juni 2014, ZK der Kommunistische Partei Griechenlands

Beiträge zum 65. Jahrestag der Gründung der DDR

Red. offen-siv: Vorbemerkung

Wir werden im Juli oder August dieses Jahres ein Sonderheft des Genossen Erich Buchholz über die Ursachen der Gründung der DDR veröffentlichen. Es gibt aber noch weitere Artikel, die sich mit der damaligen Situation befassen. Diese Artikel bringen wir in loser Folge unter der Rubrik „Beiträge zum 65. Jahrestag der Gründung der DDR“ und beginnen damit in dieser Ausgabe, auch wenn sich der Gründungstag der DDR erst am 7. Oktober jährt.

Red. offen-siv

Gerhard Schiller: Die Spaltung Deutschlands

Es fragt sich, warum über zwei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung über die mehr als sechs Jahrzehnte zurückliegende Spaltung Deutschlands nachgedacht werden soll? Das Unrecht der Spaltung ist doch scheinbar durch diese Wiedervereinigung aus der Welt geschafft. Aber auf welche Weise? Wieder wie bei der Spaltung wider aller Grundsätze eines Rechts, nur nach denen der Macht. Man hätte denken können, dass Artikel 146 des 1949er Grundgesetzes der BRD bei dieser Wiedervereinigung seinen Höhepunkt erlebt, dass nämlich in einem solchen Fall vom deutschen Volk in freier Entscheidung eine Verfassung beschlossen wird, weshalb sich das Grundgesetz lt. Präambel selbst ja auch nur als ein Provisorium bis zu eben dieser Wiedervereinigung ausgibt. Doch das Grundgesetz blieb Grundgesetz, weil es eine Wiedervereinigung zu den Bedingungen des Kapitals war, also für die fortschrittlichen Kräfte eine Konterrevolution. Deutschland ist in Gänze wieder kapitalistisch mit wieder all den Gebrechen dieses Systems. Diese Erkenntnis zu untermauern ist Anliegen dieser Dokumentation; zu sehen, wie hinter dem Vorhang, der Demokratie genannt wird und was nur eine politische Fassade ist, die kapitalistischen Verhältnisse wieder restauriert wurden.

Die Westmächte haben nach dem Zweiten Weltkrieg unter Missachtung aller demokratischer Gedanken Kurs darauf genommen, die Westzonen Deutschlands zu einem anti-kommunistischen Bollwerk wiederauf- und auszubauen. Das diente auch dazu, das deutsche Monopolkapital, das die Hauptschuld an Faschismus und Krieg trug, selbst um den Preis der Zerreißung Deutschlands wiederherzustellen. Besonders aktiv wirkten die USA, weil sie einen festen Stützpunkt in Europa aufbauen wollten, um endgültig Fuß zu fassen.

Schon 1943 gab es Pläne von Churchill und Roosevelt zur Zerstückelung Deutschlands. In London war eine Kommission unter Vorsitz von Außenminister Eden eingesetzt, die detaillierte Teilungspläne ausarbeitete. Die USA und England wollten eine Dreiteilung Deutschlands, zur Teheraner Konferenz im Dezember 1943 war ein Teilung in acht Staaten und dann in zwei, einen norddeutschen und einen süddeutschen bis zur Donau, diskutabel. Stalin war von Anfang an bis zur Potsdamer Konferenz, wo der Westen wieder versuchte, diese seine Pläne umzusetzen, kategorisch dagegen. An seinem Veto scheiterte die Teilung des Landes, die spätere Spaltung konnte er nicht verhindern, aber dass das Potsdamer Abkommen die Bildung von Besatzungszonen für eine vorübergehende Zeit bei Beibehaltung der deutschen Einheit festschreibt, hat hierin schon seinen Grund.

Die einzelnen Aktivitäten in den relevanten Jahren sollen an Hand von Fakten und Zitaten anschaulich gemacht werden.

1945:

1) Adenauer sagte im März 1945 vor US Offizieren in Rhöndorf am Rhein: Es wird zwei Deutschland geben, das eine im wesentlichen geprägt durch die römische Kultur und davon abgeleitet der Anspruch „abendländisch“. Das Kulturland am Rhein steht der östlichen Urwelt gegenüber, wo noch Menschenopfer gebracht werden müssen.

2) Schon im Sommer 1945 begann Adenauer seine Intrigen zur Spaltung der deutschen Nation. In einer Geheimbesprechung bei Köln legte er damals Vertretern der französischen Besatzungsmacht Pläne zur Schaffung eines westdeutschen Separatstaates vor. Kurz danach, am 5.10.1945, sagte er lt. seiner Autobiographie vor Journalisten: „Das beste wäre, sofort aus den drei westlichen Zonen einen Bundesstaat zu bilden und ihn wirtschaftlich so eng wie möglich mit Frankreich und Belgien zu verflechten.“

3) Zum USA Diplomat Mc Kenann 1945: „ Die Idee, Deutschland gemeinsam mit den Russen regieren zu wollen, ist ein Wahn. Besser ein zerstückeltes Deutschland, von dem wenigstens der westliche Teil als Prellbock für die Kräfte des Totalitarismus wirkt, als ein geeintes Deutschland, das diese Kräfte wieder bis an die Nordsee vorlässt“.

1946:

1) Am 1.6.1946 entwickelte der Präsident des Deutschen Stahlvereins, Dr. Lahr, der Zeitung, „Chicago Sun“ seine Vorstellungen zur Nachkriegspolitik: Beseitigung des Potsdamer Abkommens, Aufgabe der Zusammenarbeit der vier Mächte in Deutsch-

land und die Errichtung von zwei Deutschland, dessen westliche Hälfte als ein cordon sanitaire gegen die Sowjetunion ausgebaut werden soll.

2) General Clay in seinem Buch „Entscheidung in Deutschland“: Byrnes (1946 USA Außenminister) Vorschlag, die Westzonen wirtschaftlich zu verschmelzen, wurde von Großbritannien am 30.6.1946 angenommen. Damit begann der zweite der drei Abschnitte: Der erste hatte den Wiederbeginn des politischen Lebens in der Zone gegolten. Der nächste hatte die Bildung der westdeutschen Regierung zum Ziel.

3) Richard Squires, englischer Stabsoffizier am Hauptquartier, in seinem Buch „Auf dem Kriegspfad“ 1951: Als 1946 die Entscheidung getroffen wurde, die Bi-Zone zu bilden und damit die Westzonen hermetisch gegen die Sowjetunion abzuschließen, wurde die Spaltung Deutschlands verwirklicht; denn damals gaben die westlichen Alliierten den Gedanken der Wiedervereinigung aller Besatzungszonen zu einem einigen deutschen Staat endgültig auf.

4) Der Westberliner Telegraph schrieb am 19.12.1946 nach einem Besuch Adenauers in Westberlin: „Adenauer hat mehrmals zu verstehen gegeben, dass man die östlichen Gebiete einschl. Berlins abschreiben und zur Hauptstadt eines auf den Westen beschränkten deutschen Staatswesens eine Stadt des Westens machen müsse.“

1947:

1) Am 24.6.1947 erfolgte der Zusammenschluss der amerikanischen und englischen Besatzungszone zur Bi-Zone und die Schaffung eines Bi-Zonenwirtschaftsrates, was eine Aufkündigung des Potsdamer Abkommens war, das für die Zeit der Besetzung die wirtschaftliche Einheit Deutschlands festlegte.

2) Turnusmäßig fand im April 1947 die Außenministerkonferenz der Vier Mächte in Moskau statt. Bei der Erörterung der Tagesordnung hat die Sowjetunion den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland und gesamtdeutsche Wahlen gefordert. Da die Westmächte dies kategorisch ablehnten, erklärte die Sowjetunion, an der Konferenz ansonsten nicht interessiert zu sein. Dazu erklärte USA Außenminister Marshall am 28.4.1947 in einer Rundfunkrede: „Es hat sich als unmöglich erwiesen, in Moskau zu einer Übereinkunft zu gelangen, weil die Sowjetregierung auf Vorschläge beharrte, die in Deutschland zur Bildung einer Zentralregierung geführt hätten“.

3) Die Westmächte wollten sich ohne die Sowjetunion separat in London treffen. Dazu erklärte General Clay auf einer Pressekonferenz in Frankfurt/ Main: „Sollte die Londoner Konferenz scheitern, wäre es überaus wünschenswert, einen möglichst großen Teil Deutschlands wirtschaftlich und politisch zu vereinigen. Bis zu einer

derartigen Vereinigung könnte eine provisorische Regierung auf der Grundlage der gegenwärtig existierenden bizonalen Behörde geschaffen werden“.

4.) Die Londoner Konferenz endete mit den Londoner Empfehlungen, einen westdeutschen Separatstaat zu bilden. Darüber schrieb das CDU Blatt „Stuttgarter Zeitung“ am 19.12.1947: „Die Phrase von der deutschen Einheit wird jetzt wohl verschwinden, im Sprachgebrauch der Alliierten und im unsrigen. Herr Marshall hat es am 15.12. in aller Offenheit ausgesprochen, was in dieser Zeitung wiederholt gesagt worden ist: dass von deutscher Einheit nicht die Rede sein kann“.

5.) Nach den Londoner Separatverhandlungen der westlichen Außenminister vom 25.11. bis 15.12.1947, wo sie ihren Regierungen die Bildung eines westdeutschen Separatstaates „empfohlen“ haben und wonach die Sowjetunion wieder die Bildung einer deutschen Zentralregierung forderte, schrieb die Londoner „Times“ am 7.11.1947: „Es besteht kaum noch ein Zweifel, daß die amerikanische und die britische Regierung jetzt weitgehende Vorbereitungen für die Einschlagung eines anderen Kurses getroffen haben. Es ist jetzt klar, daß die Teilung Deutschlands in der einen oder anderen Weise, auf alle Fälle in einer keineswegs provisorischen Weise, von London und Washington als angenommen betrachtet werden kann.“

6) Gegen die Spaltungspolitik der Westmächte rief die SED im November 1947 zu einem Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden auf. Das löste Aktivitäten für diese Zielstellung in ganz Deutschland aus. Es entstand die Volkskongressbewegung. Der Erste Deutsche Volkskongress tagte in Berlin mit Vertretern aus ganz Deutschland.

7) Am 6./7. Juni 1947 fand in Frankfurt/Main eine gesamtdeutsche Konferenz der Ministerpräsidenten statt, wozu auch die ostdeutschen eingeladen worden waren. Sie beharrten bei der Festlegung der Tagesordnung auf den Punkt, Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland und Bildung einer Zentralregierung zur Schaffung eines Einheitsstaates, was die Westvertreter ablehnten und weshalb die ostdeutschen die Konferenz vor ihrer Eröffnung verließen.

8) „Newsweek“ schrieb am 14.7.1947 zum Separatstaat: „Offizielle Persönlichkeiten Washingtons glauben, dass die Fortsetzung des gegenwärtigen Viermächte-Regimes den Kommunismus in ganz Deutschland zur Folge haben werde. Es sei vorzuziehen, einen Teil Deutschlands für die Westmächte zu retten. Darum werden Studien gemacht hinsichtlich der Errichtung einer separaten Regierung für Westdeutschland.“

9) Der SPD-Vorsitzender Schumacher im Oktober 1947 in den USA: „Die Aufteilung Deutschlands ist eine vollendete Tatsache. Die schnellstmögliche Schaffung friedlicher Lebensbedingungen für die Deutschen in der sowjetischen Einflußzone ist daher notwendig.“

10) Die „New York Herald Tribune“ triumphiert am 20.12.1947: „Das Zeitalter von Jalta ist vorbei. Die Aufteilung Deutschlands wird uns freie Hand geben, Westdeutschland in ein System der Weststaaten einzubauen.“

11) 1947 erfolgte die Einbeziehung der Westzonen in den Marshallplan.

1948:

1.) Vom 6. bis 10. 7.1948 saßen im Hotel Rittersturz bei Koblenz die Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder zusammen. Sie waren bereit, die Spaltung Deutschlands mit den westlichen Besatzungsmächten perfekt zu machen. Sie ließen aber offiziell verlauten, sie wären gegen die Spaltung gewesen. Clay schreibt in seinem Buch „Entscheidung in Deutschland“: „Sie (die westdeutschen Ministerpräsidenten) waren sich nur nicht recht im Klaren darüber, wie die deutsche Öffentlichkeit einer westdeutschen Staatsgründung begegnen würde, die die Anerkennung eines geteilten Deutschland zu bedeuten hatte. Aus Unterhaltungen mit den Ministerpräsidenten unserer Zone wusste ich jedoch, dass sie darauf brannten, den Separatstaat zu bekommen.“

2.) Am 18.6.1948 verkündeten die Militärgouverneure der USA, England und Frankreich vor dem Alliierten Kontrollrat die Abschaffung der bis dahin für ganz Deutschland gültigen Reichsmark und die Einführung einer neuen Währung in ihren Besatzungszonen. Da dies geheim vorbereitet worden war und den sowjetischen Vertretern auf Verlangen auch keine Auskunft erteilt wurde, verließen diese aus Protest die Tagung des Kontrollrates. Planmäßig hatte dessen nächste Tagung vom französischen Vertreter eingeladen werden müssen, was dieses aber nicht tat und weshalb keine Tagung des Kontrollrates mehr stattfand.

3) Um das Einströmen der im Westen wertlos gewordenen Reichsmark in den Osten zu verhindern, sperrte die SMAD den Eisenbahn-, Kraftfahrzeug- und Fußgängerverkehr sowie die Wasserwege in die SBZ und Westberlin. Die Westalliierten sperrten daraufhin den Interzonenhandel und den Transitverkehr aus der Bizone in die SBZ, die wiederum Gaslieferungen nach Westberlin einstellte und Stromlieferungen reduzierte. Die Berlin-Krise entstand. Am 23.6.1948 führten die Westalliierten entgegen ihrem Versprechen das Separatgeld auch in Westberlin ein. Mit der separaten Währungsreform zerriß Deutschland in zwei Währungsgebiete.

4) Zur Berlinkrise erklärte der Stabschef Bradley bei Clay: „Wir haben hier Zweifel, ob unserer Bevölkerung bereit ist, einen Krieg zu beginnen, um unsere Politik in Berlin zu halten.“ (Es gab durchaus, besonders bei Frankreich, Meinungen, dass die Westalliierten Westberlin verlassen sollten). General Clay antwortete; „Zweifelloos würde unser Abzug einen ungeheuren Prestigeverlust bedeuten und ich würde es außerordentlich bedauern, wenn wir ihn hinnähmen, ohne durch militärische Aktionen

dazu gezwungen zu sein. Warum sind wir in Europa? Wir haben die Tschechoslowakei verloren. Wir haben Finnland verloren, Norwegen ist bedroht. Wir ziehen uns aus Berlin zurück? Nach Berlin wird Westdeutschland an der Reihe sein, dann Europa! Wenn wir das jetzt nicht begreifen, wird der Kommunismus freie Bahn haben.“ Präsident Truman entschied: Wir bleiben da.

5) Im Juli 1948 werden den Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder in Frankfurt/Main von den Westalliierten die Anweisungen und Unterlagen zur Vorbereitung der Bildung eines westdeutschen Separatstaates übergeben (Frankfurter Dokumente)

6) Am 1.8.1948 erfolgt die Erweiterung der Bi-Zone zur Tri-Zone durch Anschluss des französischen Besatzungsgebietes.

7) Am 23.1.1948 wird die Volkskongressbewegung in Westdeutschland und Westberlin durch die Militärbehörden verboten, nachdem der 2. Volkskongress in Berlin ein Volksbegehren für Gesamtdeutschland gefordert hat.

8) SPD-Vorsitzender Schuhmacher 1948 auf den Hinweis, es wird einen Separatstaat geben: „Da bin ich aufgestanden und habe gesagt, nun kommt es darauf an, aus dem Stück Deutschland, das frei verfügbar ist, ein leuchtendes Beispiel zu machen, an dem sich die Flut aus dem Osten brechen wird. Ein prosperierender Weststaat mit dem Glied Berlin hält das Tor zum Osten offen, was den Kommunismus über kurz oder lang in die Knie zwingt“.

9) Im September 1948 wird gemäß den Frankfurter Dokumenten ein Parlamentarischer Rat zur Ausarbeitung einer Separatverfassung unter Vorsitz von Adenauer eingesetzt.

1949:

1) US-General Clay in „Entscheidung in Deutschland“ zum Frühjahr 1949: „Der west-deutsche Staat trat ins Dasein; wir hatten das ausdrückliche Ziel unserer Politik erfüllt“.

2) „Washington Post“, 16.5.1949: „Eine Regierung wird auf jeden Fall für die drei Westzonen Deutschlands gebildet werden. Die meisten Verwaltungsfunktionen werden wahrscheinlich von Business-Vertretern übernommen werden. Die CDU/CSU wird die Regierungsfassade hergeben, hinter der die Industriellen die wahren Herrscher Westdeutschlands werden.“

3) John Foster Dulles im Januar 1949 in Paris vor Journalisten: „Zu jeder Zeit hätte man die Situation in Berlin klären können. Die gegenwärtige Lage ist jedoch für die USA aus propagandistischen Gründen sehr vorteilhaft. Dabei gewinnen wir das Ansehen, die Bevölkerung von Berlin vor dem Hungertod bewahrt zu haben, die Russen

aber erhalten die ganze Schuld wegen ihrer Sperrmaßnahmen. Wenn wir uns in der Berlin-Frage einigen, müssen wir uns mit Deutschland als Gesamtheit befassen. Dann müssen wir jedoch sofort mit einem Vorschlag der Russen rechnen, der die Forderung nach einer Zurückziehung der Besatzungstruppen und die Rückgabe Deutschlands an die Deutschen enthält.“

4) In Briefen an den Parlamentarischen Rat und den Zweizonen-Wirtschaftsrat schlägt der Deutsche Volksrat der SBZ vor, am 8.4.1949 eine gemeinsame Konferenz in Braunschweig abzuhalten. Am 23.3. bestätigt Adenauer den Brief und verspricht, bei Gelegenheit darauf zurück zu kommen. Es bleibt bei dieser Floskel.

5) Die drei westlichen Außenminister beschließen in Washington am 8.4.1949, dass ein „Hoher Alliierter Ausschuss“ den künftigen westdeutschen Separatstaat überwacht. Zu den Bestimmungen des Besatzungsstatutes, das hier beschlossen wird, erklärt ein Reuter-Korrespondent, „dass es den Alliierten gestatte, „sich in fast jeden Vorgang der wirtschaftlichen Gesetzgebung und Verwaltung einzumischen“.

6) Am 8.5.1949 lehnt der Parlamentarische Rat Vorschläge der Bevölkerung ab, in das Grundgesetz die Volksabstimmung aufzunehmen, die die Möglichkeit eines Volksentscheides vorsieht.

7) Am 11.5.1949 nimmt der Parlamentarische Rat mit 36 zu 29 Stimmen das Wahlgesetz für die zu gründende BRD an. Eine Änderung des von den Militärgouverneuren vorgeschriebenen Textes haben diese abgelehnt. (Wir ordnen nummehr kraft unserer obersten Gewalt an, dass das Wahlgesetz in der von uns abgeänderten Fassung angewandt wird.)

8) Am 8.5.1949 wurde das Grundgesetz als Separatverfassung vom Parlamentarischen Rat mit 53 gegen 12 Stimmen angenommen. Die Militärgouverneure hatten den Entwurf des Grundgesetzes vor seiner Bestätigung mehrmals zurückgewiesen, weil darin Berlin als ein Land der BRD aufgeführt wurde. Sie erklärten, Westberlin sei kein Bestandteil der BRD und könne deshalb von ihr nicht regiert werden. Obwohl im Grundgesetz steht, dass das deutsche Volk sich dieses Grundgesetz gegeben habe, hat das Volk bei seiner Gestaltung nie mitgewirkt. Wie zum Hohne klingt da auch, dass das Grundgesetz auch für jene gilt, denen mitzuwirken „versagt war“.

9) Carlo Schmidt zum Grundgesetz: „Wir sind bei der Einrichtung dieses Notbaues nur Zum Teil Herren unserer Beschlüsse gewesen. Die Besatzungsmächte hatten uns Auflagen erteilt.“

10) September 1949: Die BRD wird gegründet, Adenauer mit seiner Stimme zum Kanzler gewählt; Heuß zum Präsidenten. Der Bundestag nimmt das Besatzungsstatut

an, das den Westmächten während dieser Zeit alle Rechte in Bezug auf Deutschland sichert.

11) Adenauer 21.10.1949: „Die BRD fühlt sich auch verantwortlich für das Schicksal der achtzehn Millionen Deutschen, die in der ZBZ leben. Sie versichert sie ihrer Treue und ihrer Sorge. Die BRD ist allein befugt, für das deutsche Volk in den Grenzen vom 31.12.1937 zu sprechen“.

12) 29.-30.5.1949: Der Dritte Deutsche Volkskongress in Berlin nimmt die Verfassung einer Deutschen Demokratischen Republik an und setzt sie am 7.10.1949 in Kraft. Vorher fanden Wahlen zum Dritten Volkskongress statt: Wahlbeteiligung 95%, Ja- Stimmen: 66%.

13) Brandt nach Gründung der DDR: „Die auf Ruinenfledderei gegründete DDR wird das Jahr 1950 kaum er-, geschweige denn überleben“ und „Das ostzonale Protektorat wird der dauerhaften Zersetzung seitens der BRD ausgesetzt sein und ich habe gesagt und bleibe dabei, dass Berlin Störenfried sein soll. Berlin ist Angelpunkt, der die Tür zum Osten aufmacht. Ich bleibe bei diesen Worten“.

14) Der damalige Vorsitzende des Militärausschusses des USA Senates, Thomas, hob am 27.11.1959 in der „New York Times“ hervor: „Die Deutschen sind große Kämpfer. Wenn die Vereinigten Staaten wieder in einem Krieg stehen, haben wir Kämpfer nötig. In diesem Krieg wollen wir Deutschland an unserer Seite haben.“

Nachtrag

1) 1986 hat das Foreign Office ein „Top secret“-Dokument freigegeben, in dem die Äußerung des BRD Botschafter in London vom 16.12.1955 wiedergegeben ist: „Dr. Adenauer habe kein Vertrauen in das deutsche Volk, ihn treibe die Furcht um, eine künftige deutsche Regierung könne sich mit den Russen in einen Handel einlassen, weshalb er der Meinung sei, dass die Eingliederung Westdeutschlands in den Westen wichtiger sei als die Vereinigung Deutschlands“.

2) „Wallstreet Journal“ 8/1953: „Es liegt auf der Hand, dass unsere Politik gegenüber diesem Land auf der Idee basiert, dass Deutschland geteilt bleibt. Alles, was wir getan haben oder was wir tun, geht von dieser Annahme aus. In offiziellen Erklärungen gäben wir zwar der Hoffnung Ausdruck, dass Deutschland irgendwann einmal wiedervereinigt wird, aber unsere Handlungen laufen in der entgegengesetzten Richtung.“

Fazit

Die Deutschland Politik der USA und ihrer Verbündeten bestand nach dem Zweiten Weltkrieg darin, den Kapitalismus zu erhalten. Durch die Kriegsergebnisse waren viele Menschen gegen dieses kapitalistische System, weil sie am eigenen Leib, zumindest aber im Familien- und Bekanntenkreis verspürt hatten, dass Kriege mit ihren Folgen Tod, Leid und Elend in diesem System ihre Ursache haben. „Nie wieder Krieg“ war eine gängige Redensart. Diese Stimmung herrschte nicht nur auf der Straße vor, sie drang auch in die oberen Kreise ein. Konkret formulierte das Ahlener Parteiprogramm der CDU 1947: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen nicht gerecht geworden. Inhalt und Ziel einer Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben sein.“ Von Adenauer selbst stammt der Ausspruch von 1946: „Unter der CDU gibt es keine Aufrüstung“. Oder Strauß: „Wer wieder ein Gewehr anfasst, dem soll die Hand abfaulen“. Man musste also der allgemeinen Meinung Rechnung tragen und konnte nicht sofort und offen das gegenteilige Ziel der offiziellen Politik bekannt geben; man musste es umschreiben, tarnen und warten, bis durch die Wirkung entsprechender Propaganda die Bevölkerung zum Tragen von Restaurationsgedanken bereit war.

Die Deutschland-Politik der Sowjetunion bestand nicht darin, in Ostdeutschland, der SBZ, oder in ganz Deutschland kommunistische Verhältnisse herzustellen, sondern eingedenk der großen Opfer, die das Land durch den faschistischen Überfall ertragen musste, alles zu tun, dass derartige Ereignisse nicht mehr vorkommen und von Deutschland ausgehen. Sie konnte sich auf das Potsdamer Abkommen stützen in der Forderung, einen gesamtdeutschen, aber neutralen Staat zu schaffen. Sie, die Sowjetunion, selbst die DDR, haben in diesen Anfangsjahren dem Westen gesamtdeutsche, freie Wahlen auf der Grundlage des Wahlgesetzes der Weimarer Republik mit einer Zentralregierung angeboten. Der Westen einschl. der BRD hat diese Vorschläge immer wieder abgelehnt, weil vor Wahlen erst die Spaltung des Landes vollzogen werden sollte. Deshalb ist die DDR 1949 auch als Antifaschistisch- Demokratische Ordnung entstanden. Bis zur Stalin-Note 1952 war die UdSSR sogar bereit, als Preis für ein neutrales Deutschland die DDR zu opfern. Die Gründung der DDR war also keine Zementierung der vorangegangenen Spaltung, wie verschrien, sondern ihre Folge. Erst nach Ablehnung dieser Stalinnote hat Walter Ulbricht verkündet, mit dem Aufbau des Sozialismus zu beginnen.

Gerhard Schiller

Diskussion zu Ingo Wagner

Fritz Dittmar: Herrn Ingo Wagners Umwälzung des Leninismus

Zwanzig Seiten in offen-siv, um „Stalins langen Schatten“ weiter zu verdunkeln: Schau'n wir mal, welchen Erkenntnisgewinn man daraus ziehen kann.

Eine historische Reminiszenz vorab. Unter Lenins politischen Gegnern waren hoch gelehrte, sich auf den Marxismus berufende Männer wie Plechanow und später Kautsky. Beide konnten zu Recht auf ihre früheren Verdienste um die Arbeiterbewegung verweisen, und beide verstanden es, ihre Abkehr vom Marxismus unter vielen Sophismen zu verstecken. Gegen sie hat Lenin einen hartnäckigen Kampf geführt und sie als Feinde der Revolution entlarvt. Einen Vorzug hatten sie allerdings vor Ingo Wagner (W): Sie haben sich meines Wissens nicht so wie er ihrer Gelehrtheit gerühmt und sich nicht dort, wo sie keine Argumente vorbrachten, auf ihre gründlichen Studien berufen¹⁹ oder versucht, ihren Gegnern Unbildung oder schlicht Dummheit zu unterstellen²⁰ (2). Ein historisch angemessenes Beispiel für Ws Stil finde ich erst bei Eugen Dühring, den Engels entsprechend „gewürdigt“ hat.

Von der ganz plumpen Variante des Antistalinismus distanziert sich W formal: Stalin hat auch positives geleistet, und Revisionismus hat es in der Sowjetunion auch gegeben: „Die aber (!) ebenfalls (!) ...objektiv (!) vorhandenen progressiven Tatsachen

¹⁹ Kleine Blütenlese: ... (die) sozialistische Rechtswissenschaft, mit der ich jahrelang erfolgreich(!) zusammenarbeiten durfte; wissenschaftliche Solidität des theoretischen Denkens; (Zur Stalinfrage) habe ich jahrelang intensiv nachgedacht(!); vor meiner Tätigkeit als Professor für sozialistische Rechtswissenschaft war ich längere Zeit als Dozent für wissenschaftlichen Sozialismus ... tätig; Ich weiß natürlich ebenfalls, dass auch das Maß des eigenen Wissens der Erkenntnis Grenzen setzt (*Wie schade: wo ich doch gehofft hatte, in W einen allwissenden Übermenschen gefunden zu haben!*)

²⁰ Dagegen nun die anderen, besonders Frank Flegel, der: ...mit dem Anspruch auftritt, im Besitz der absoluten Wahrheit... zu sein; wird zugleich... die eigene „ewige Wahrheit“ verkündet; (Nach Auffassung der offen-siv) wäre ja eigentlich nur „Nachvollzug“, also keine Diskussion notwendig; Die Legende von der revisionistischen Wende; Deine Unkenntnis der geschichtlichen Entwicklungsdialektik des Marxismus-Leninismus; Ich kann Dir hier keinen ausreichenden Nachhilfeunterricht geben; dass Gossweiler den Revisionismus... zu einem **Revisionismus-Golem** formiert, mit dem man „alles“ und „nichts“ beweisen kann. Mit diesem Zauberstab wird die wirklich wissenschaftlich konkrete Forschung an die Wand gefahren;... die tatsächlichen Zusammenhänge (werden) einem subjektiven Zweck untergeordnet.

des Wirkens Stalins als historische Persönlichkeit (*als was denn sonst?*)⁴. Mit anderen Worten, trotz seines subjektiv schurkischen Charakters hat Stalin auch Fortschrittliches geleistet. W lässt uns leider im Dunkeln, woran er dabei denkt. Dazu später. W sagt zu Stalins Rolle, er habe nie behauptet, „dass für alle Probleme und Niederlagen Stalin verantwortlich“ sei, aber „...Stalin hat...Fehler gemacht,..die die Existenz der Sowjetunion ernsthaft in Gefahr brachten.“ Aber auch dazu wird er nur in einer Hinsicht konkret: „Die nun folgende Perversion des Klassenkampfes – der „Große Terror“ führte zur massenhaften Vernichtung der Kader des Sowjetstaates und zu anderen beispiellosen Verbrechen; Stalin hat hierbei nicht nur die Leninschen Prinzipien der Partei neuen Typs nach und nach beseitigt, er hat den Kern(!) dieser Partei im Zuge seines Massenterrors vernichtet.“

Zum Revisionismus zitiert W zustimmend Thomas Metscher: „Meine Vermutung ist, dass Revisionismus und Dogmatismus zusammengehören wie Ei und Henne. (*in dieser Metapher bliebe die Frage nach dem Ursprünglichen offen. Das präzisiert Metscher mit seinem nächsten Satz:*) Der Dogmatismus hat erst den Revisionismus hervorgebracht.“ Wenn W als Dozent für wissenschaftlichen Sozialismus einen solchen Schwachsinn gelehrt hat, darf man sich über die politische Versumpfung in weiten Teilen der SED nicht wundern. Bei Lenin jedenfalls ist der Opportunismus das Bestreben, die Arbeiterklasse mit der Herrschaft des Kapitals zu versöhnen. Er ist ein Ergebnis der Privilegierung oder Bestechung von Teilen der Arbeiterklasse mit Extraprofiten aus der Ausbeutung der Kolonien, also eine objektive Entwicklung. Der Revisionismus wiederum ist die theoretische Rechtfertigung dieser Entwicklung. Er entsteht notwendig und auch ohne dass er durch dogmatische Fehler der Revolutionäre begünstigt oder gar „hervorgebracht“ würde. Eine Perle ist auch Ws nächster Satz: „Leider sind...Genies wie Lenin, die... das Spannungsverhältnis(?) zwischen Dogmatismus und Revisionismus minimieren können, historische Ausnahmen“ (*Vorwärts mit Lenin zur Einheit von Dogmatismus und Revisionismus!?*) Ich habe Lenin so verstanden, dass er nicht „das Spannungsverhältnis zwischen Dogmatismus und Revisionismus minimieren“ wollte, was immer auch das bedeuten soll, sondern dass er beide kompromisslos bekämpft hat. (Nebenbei: Im „linken Radikalismus“ hat er betont, dass der Opportunismus - und entsprechend im Bereich der Theorie der Revisionismus - selbstverständlich der Hauptfeind des Marxismus bleibt.)

Auf Ws Ausführungen zu einer künftigen linken Politik will ich nicht weiter eingehen. Er sagt: „Ich will überhaupt nichts gründen.“ Und entsprechend nebelhaft bleibt alles, was er andeutet: weiterentwickelten Marxismus des 21. Jahrhunderts; Theorie in permanenter Entwicklung, für das Heute usw., mit einem Wort: links-sozialdemokratisches Neusprech.

Eine Erwiderung erfordert Ws Formulierung über den Revisionismus als Golem (künstlich zum Leben erwecktes Ungeheuer) oder Zauberstab. Wer hier unwissenschaftlich „zaubert“, wollen wir doch mal sehen!

Ws eigene Erklärung für den Untergang der Sowjetunion ist sehr schlicht: Stalin hat Lenins Partei-Prinzipien zerstört. Der einzige Beleg für diese Behauptung ist der Hinweis auf den „Großen Terror“, die Säuberung von 1937.

Hier ist nicht das Thema, ob die „Säuberung“ verbrecherisch, ein Fehler oder eine notwendige Maßnahmen war, sondern ob sie ursächlich für den Zusammenbruch war. „Anders wäre der rasche Zusammenbruch eines nach außen politisch wie militärisch starken Machtblocks nicht möglich gewesen“, zitiert W zustimmend H. Kalt. Mir stellt sich die Frage, was Kalt mit „rasch“ meint: Die Zeit von 1937 bis 1989/91? Nach zwei Generationen rächt sich plötzlich die böse Tat? Das erscheint mir ohne weitere Begründung völlig willkürlich. Das ist nicht einmal „Zauberstab“, sondern eine bloße Behauptung ohne Beleg. Wenn man diese Begründung akzeptiert, warum sollte man dann nicht z.B. den Roten Terror im Bürgerkrieg 1918-21 verantwortlich machen, oder vielleicht die „Neue ökonomische Politik“ von 1921 bis 1927? Oder meint Kalt den kurzen Zeitraum von Gorbatschows Wahl 1985 bis zu seinem Sturz 1991? Ob ein verrottetes System schnell oder langsam zusammenbricht, sagt nichts darüber aus, ob ein Ereignis, das 52 Jahre zurückliegt, die Ursache ist. W behauptet, die Säuberung hätte „den Kern dieser Partei... vernichtet“. Wäre es an dem, hätte man die Folgen sehr rasch sehen müssen. Tatsächlich aber hatte die Partei nach der Säuberung ihre härteste Bewährungsprobe zu bestehen: Unter unglaublich schwierigen Bedingungen den Kampf gegen einen erbarmungslosen Gegner zu organisieren, der anfangs überlegen war, das ganze Volk zu mobilisieren und die Kämpfer mit Festigkeit auszustatten. Eine Partei mit zerstörtem Kern wäre dazu nicht in der Lage gewesen. Dass die Partei diese Aufgabe löste und später den Weg in Stagnation und Untergang nicht verhindern konnte, spricht dafür, dass die entscheidende Wende dazwischen stattgefunden hat. Betrachten wir also den Revisionismus-Golem:

Ich erwähne hier die wichtigsten Maßnahmen Chruschtschows nach Stalins Tod. Für die Ökonomie hatte Lenin die Linie formuliert: Die Arbeitsproduktivität der entwickeltsten kapitalistischen Länder einholen (oder untergehen!). Das erforderte für die Planung, dass das Schwergewicht der Investitionen im Sektor I (Investitionsgüter) liegen musste. Diese Linie wurde zu Lenins und Stalins Lebzeiten entsprechend den Möglichkeiten befolgt und hat mit ihren Ergebnissen die Welt in Staunen versetzt: Aus einem Land des Holzpflugs, des Aberglaubens und des Analphabetismus wurde die SU innerhalb einer Generation zu einem modernen Industriestaat, der, anders als alle alten Europäischen Staaten, der Aggression des deutschen Faschismus nicht nur standhalten, sondern ihn vernichten konnte. Bis zu Stalins Tod hat die SU die unvor-

stellbaren Kriegsschäden weitgehend ausgeglichen und das westliche Atombomben-Monopol gebrochen. Wer weiß, wie die Welt heute aussähe, wenn Stalins Nachfolger diese einmalig erfolgreiche Linie fortgesetzt hätten?

Stattdessen kam Chruschtschow und verschob das Gewicht der Investitionen auf den Sektor II (Konsumgüter). Diese Wende vollzog er ohne politische Notwendigkeit, wie etwa Unruhen in der Bevölkerung und massive Forderungen nach sofortiger Erhöhung des Lebensstandards. Ganz ohne Zauberstab kann man verstehen, dass damit das Wachstumstempo gedrosselt wurde und in der Fortsetzung in der Stagnation mündete, die ökonomisch dem Realsozialismus das Genick gebrochen hat. Vielleicht kann man sich mit W darauf einigen, dass diese verhängnisvolle Änderung der ökonomischen Linie eher dem Revisionismus als dem Dogmatismus zuzuordnen ist.

Diese Zerstörung von Lenins und Stalins Linie in der Ökonomie hat Chruschtschow durch verschiedene politische Maßnahmen abgesichert:

- Er verkündete, der Lebensstandard in der SU würde in wenigen Jahren den der USA übertreffen und die junge Generation würde noch in der kommunistischen Gesellschaft leben. Damit begeisterte er die Leichtgläubigen kurzfristig, und nach dem raschen Einsturz dieses Kartenhauses erzeugte er damit Frust und Zynismus. Diese Gefühle richteten sich aber nicht gegen ihn und seine Clique, sondern gegen den sozialistischen Staat, dessen höchster Repräsentant er war.

- Durch seine Verdammung von Stalin auf dem XX. Parteitag stellte er die Mühen und Opfer der Bevölkerung beim Aufbau des Sozialismus und im Krieg gegen die Faschisten als eigentlich überflüssig und nur den angeblichen Fehlern Stalins geschuldet dar. Das war nicht nur sachlich falsch, sondern erschwerte es auch, die Bevölkerung für künftige Anstrengungen zu mobilisieren. Danach haben auch seine Nachfolger nicht mehr gewagt oder für nötig gehalten, die ökonomische Linie zu korrigieren.

- Die von Lenin entwickelte revolutionäre Politik der friedlichen Koexistenz beinhaltete das Bestreben, den Imperialismus mit allen möglichen politischen und militärischen Mitteln so lange wie möglich am Auslösen eines Kriegs zu hindern. Bei Chruschtschow wurde daraus eine Verharmlosung des Imperialismus, der ein Todfeind des Sozialismus bleibt, solange dieser existiert.

- Noch ein Nebenpunkt: Die Auflösung der staatseigenen Maschinen- und Traktorenstationen verringerten den Einfluss der Arbeiterklasse in der Kolchos-Bauernschaft und verschlechterte deren Lebensstandard durch die Notwendigkeit, die Ackerbaumaschinen zu kaufen.

Alle diese Schritte zusammen verhinderten den weiteren planmäßigen Aufbau des Sozialismus und leiteten den Übergang in die Phase der Stagnation und letzten Endes des Untergangs des Realsozialismus ein. Der gesunde Menschenverstand sollte einem eigentlich sagen, dass man die Wirkung dieser Maßnahmen nicht einfach bestreiten und mit Gerede über den „Revisionismus-Golem“ der Dogmatiker abtun kann.

Fritz Dittmar

Harald Specht: Woran die Debatte um „Stalinismus“ und „Antistalinismus“ unter marxistisch orientierten Verfechtern des Sozialismus in Theorie und Praxis noch krankt

Erstens erfolgt die Auseinandersetzung, *ohne diesen Streit selbst* unter grundlegenden Fragestellungen tiefer und umfassender theoretisch, methodologisch und politisch zu begründen und zu analysieren.

Wer führt die Debatte? Weshalb? Wie? Seit wann? Mit welchen Zielen, Inhalten, Argumenten, Ergebnissen?

Zweitens wird nicht immer klar unterschieden zwischen dem inneren Streit in den eigenen Reihen marxistisch orientierter Verfechter des Sozialismus und der Auseinandersetzung mit von außen vorgetragene antikommunistischen Angriffen gegen den realen Sozialismus und die marxistische Theorie, in denen „Stalinismus“ als Zentralbegriff dient.

Drittens wird dieser Streit noch ohne hinlänglich entwickelte methodologische Orientierung geführt. Diese Schwäche äußert sich unter anderem:

- im immer noch nicht klar bestimmten Inhalt und Umfang, in der schwach reflektierten theoriegeschichtlichen Entwicklung, Bedeutung und Brauchbarkeit bzw. Unbrauchbarkeit des ungeachtet dessen bereits gebrauchten Begriffs „Stalinismus“ sowie in der noch nicht hinlänglich bestimmten Rolle desselben im gesellschaftstheoretischen Denken und im politischen Handeln, so dass oft der Eindruck völlig unwissenschaftlichen Verfahrens entsteht,

- in der noch ausstehenden genaueren marxistischen Bestimmung der Positionen der im inneren Streit mitunter zu Antipoden profilierten Disputanten und der möglichen Extreme einer völlig kritiklosen Würdigung der mit den umstrittenen Begriffen reflektierten Erscheinungen bis hin zu deren Glorifizierung einerseits sowie eines dagegen gerichteten absoluten Verrisses andererseits,

- in der ausstehenden tieferen Analyse der Motive der Verfechter unterschiedlicher bis gegensätzlicher Richtungen im Widerstreit um die gesellschaftstheoretische und politische Bewertung der umstrittenen Erscheinungen (Bewältigung traumatischer Erfahrungen des vorläufigen katastrophalen Scheiterns des realen Sozialismus durch die gegensätzliche Bewertung des für Stalin charakteristischen Vorgehens beim Aufbau und der Verteidigung der seinerzeit erfolgreich geschaffenen Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft in der Sowjetunion),

- in verhärteten Standpunkten, die eine Antwort auf die noch gar nicht deutlich gestellte Frage gegenwärtig unmöglich machen, ob eine akzeptable einheitliche „würdige Kritik und kritische Würdigung“ dieses widersprüchlichen Vorgehens möglich ist und wie diese dann nach marxistischen Orientierungen zu gestalten wäre.

Viertens sind von allen Seiten elementare Voraussetzungen einer zivilisierten Streitkultur auch im scharf argumentierend ausgetragenen Streit zu wahren. So ist eine faktische „Exkommunikation“ der gegebenenfalls sogar zu dieser oder jener Extremposition tendierenden Disputanten aus der Gemeinschaft marxistisch orientierter Verfechter des Sozialismus in Theorie und Praxis während des mit Gründen ausgetragenen Streites auszuschließen. Anderenfalls sollte die öffentliche Debatte eingestellt und gegebenenfalls in kleineren, vielleicht sogar sektenähnlichen Zirkeln fortgeführt werden, in denen anstelle argumentierender Begründungen von Antworten und Positionen eine erstickende Kritik von dennoch gestellten Fragen dominiert.

Bereits aus den hier nur kurz skizzierten ungenügend beantworteten Fragen ergibt sich in der Debatte um die mit dem politischen und theoretischen Wirken Stalins sowie seiner zeitgenössischen und folgenden Parteigänger und innerparteilichen Kontrahenten ein Theoriedefizit. Daran krankt die ganze bisherige Diskussion. Es sollte im Zusammenwirken aller beteiligten Partner behoben werden. Die dabei zu begründenden und weiter zu entwickelnden theoretischen Ausgangspunkte bilden gleichsam das geistige Grundgefüge und einen Rahmen für solche geschichtswissenschaftlichen Beiträge, wie die von Professor Schneider und von Gerhard Schiller, die also noch eines schlüssigen Rahmens bedürfen.

Alle Beiträge werden wohl sehr kritisch daraufhin untersucht und befragt, inwieweit und auf welche Weise die Beiträge Aspekte kritischer Würdigung und würdigender Kritik enthalten und akzeptabel gewichten oder ob man mit einer gewissen Einseitigkeit zu apodiktischen Feststellungen gelangt, die der tatsächlichen Widersprüchlichkeit der umstrittenen Erscheinungen nicht gerecht werden.

Jedenfalls krankt die Debatte stark am Defizit noch ausstehender hinlänglicher theoretischer Begründungen und methodologischer Orientierungen.

Dr. sc. phil. Harald Specht, Dresden Mai 2014

Buchbesprechungen

Gerhard Feldbauer: „Ausbruch“. Ein spannender Krimi von Dominique Manotti über die Roten Brigaden

Die für brillant geschriebene und mehrfach preisgekrönte Krimis mit politischem und sozialökonomischem Hintergrund bekannte Dominique Manotti hat sich in ihrem neuesten „Ausbruch“ betitelten Roman einem brisanten Thema zugewandt: Den linksextremen Roten Brigaden im Italien der 1970/80er Jahre.

Vor dem Hintergrund der Geschichte der radikalen italienischen Linken, die die Hinwendung der Kommunistischen Partei (IKP) zur Regierungszusammenarbeit mit der großbürgerlichen Democrazia Cristiana (DC) ablehnte und gegen die wachsende neofaschistische Gefahr den bewaffneten Kampf aufnahm, wird auf mehreren Ebenen das Schicksal Carlos, eines Gründers der Brigade Rosse, abgehandelt.

Das ist auch ein Stück Biographie von Manotti, die 1968 enttäuscht über die Haltung der FKP zu der Studenten- und Bürgerrechtsbewegung, die ihren Höhepunkt in der Mai-Revolte erreichte, die Partei verließ. In dieser Zeit wandte sich die FKP auch zeitweise dem sogenannten Eurokommunismus zu, dem George Marchais im Gegensatz zu Italiens Enrico Berlinguer und Spaniens Santiago Carillo jedoch bald wieder den Rücken kehrte.

Eine Anhängerin Antonio Gramscis

Manotti (Jg. 1942), die eigentlich Marie-Noëlle Thibault heißt, wurde während des Befreiungskampfes Algeriens gegen die französische Kolonialmacht politisch aktiv. An der Schwelle zu den 1980er Jahren unterstützte sie den Kampf der türkischen 'sans papiers' (Ohne Papiere), die ihre Legalisierung forderten. Die Auseinandersetzungen bildeten den Hintergrund ihres Kriminalromans „Hartes Pflaster“. Von 1976 bis 1983 war die promovierte Historikerin, die an Pariser Universitäten Wirtschaftsgeschichte lehrte und sich bereits vorher gewerkschaftlich engagierte, Generalsekretär der Pariser Sektion der Confédération française démocratique du travail (CFDT). Zu den von ihr bevorzugten marxistischen Theoretikern gehören der Begründer der IKP Italiens, Antonio Gramsci, und Rosa Luxemburg.

Carlos sitzt im Gefängnis, wo er – eine authentisch belegte beliebte Methode der Strafjustiz – die Zelle mit dem Klein-Kriminellen Filippo teilt. Der bewundert Carlos, der von den Kämpfen gegen die Faschisten und gegen das Unrecht, für eine bessere Welt erzählt. Als Carlos fliehen kann, ergibt sich für Filippo die Gelegenheit, mit zu entkommen. Carlos trennt sich bald von Filippo, dem er empfiehlt nach Paris zu ge-

hen, wo er ihm die Adresse seiner Geliebten und Kampfgefährtin Lisa gibt. Sie vermittelt ihm eine Arbeit als Nachtwächter, während der Filippo sein Naturtalent als Schriftsteller entdeckt. Angeregt wird er durch den Tod von Carlos, der einen Banküberfall unternommen, dabei einen Carabinieri erschossen haben soll und selbst ums Leben kommt.

Linksradikale italienische Emigranten in Paris vermuten und Lisa recherchiert, eine von den Geheimdiensten gestellte Falle, um den BR-Chef zu exekutieren, gleichzeitig die Rotbrigadisten als gewöhnliche Verbrecher abzustempeln. War dazu auch sein Ausbruch schon inszeniert? Hier wird Insidern der Bezug zum BR-Gründer Renato Curcio, der diesem Schicksal nur knapp entging, aber seine Frau Mara Cagol so regelrecht hingerichtet wurde, besonders deutlich werden. Umso mehr verwundert, dass in den knappen Quellenangaben das Buch von Curcio und Mauro Rostagno „Fuori dai Denti“ – Offen gesagt (Neuaufgabe, Mailand 1980) fehlt. Ebenso Curcio „Mit offenem Blick“ (ID-Verlag 1997).

Filippo schafft einen Mythos, in dem er an der Seite von Carlos sich zum Helden stilisiert. Er steigt zum gefeierten Bestseller-Autor auf, wird aber damit zum von den Geheimdiensten auserkorenen Kronzeugen für den Banküberfall. Mit Carlos' Kampfgefährtin fordert Lisa, Filippo soll bekennen, dass das Ganze eine von ihm erfundene Geschichte ist. Kommt er dem nach, droht das Komplott aufzufliegen. Dem wird vorgebeugt und Filippo erleidet das Schicksal unzähliger unbequemer Zeugen aus der Geschichte der radikalen Linken und der Geheimdienstkomplote gegen sie, er wird erschossen.

In den Quellenangaben vermisst man aus der Fülle aussagekräftiger Bücher italienischer Autoren auch Alberto Franceschini (mit Curcio Brigadegründer) „Das Herz des Staates treffen“ (Europa-Verlag 1990) oder Primo Moroni/Nanni Balestrini „Die goldene Horde. Arbeiterautonomie, Jugendrevolte und bewaffneter Kampf in Italien“ (Berlin, Göttingen 1994). Moroni hob in „Die Beute“ 1994 hervor, dass im Gegensatz zur RAF, die in der Bundesrepublik nicht viel mehr als 1.000 aktive Anhänger zählte, in Italien zwischen 7.000 und 11.000 den bewaffneten Kampf führten. Von Franceschini stammt die Einschätzung: „Die BR wurden instrumentalisiert, nur ein Teil ‚unserer Aktionen‘ waren wirklich unsere“. Es fehlen auch die Analysen von Sergio Flamigni, Mitglied der Moro-Kommission des italienischen Parlaments, der u. a. in „La tela del ragnò – Das Spinnennetz“ (Mailand 1993) nachwies, dass nach der Ausschaltung Curcios 1975 der CIA-Agent Corrado Simioni „der tatsächliche Chef der Brigade Rosse“ wurde, der den nun erst beginnenden mörderischen „Linksterror“ der Tötung initiierte.

Eine „Kleine Legende zu politischen Termini“ des Verlags erhellt den tatsächlichen Hintergrund, darunter über die Strategie der Spannungen, die Roten Brigaden, die

faschistische P2. Hier wäre aufschlussreich gewesen, den Enthüllungsjournalisten Livio Januzzi auf einer Pressekonferenz am 14. Juni 1975 in Rom anzuführen, der schon damals die Durchdringung und Manipulierung der Roten Brigaden durch Geheimdienstagenten der CIA sowie ihrer italienischen Partner und ihre Ausbildung auf einem geheimen NATO-Stützpunkt auf Sardinien aufdeckte. Seine Enthüllungen wurden 1991 nach dem Aufspüren der geheimen CIA-Truppe in Italien u. a. durch Giovanni Mario Bellu und Giuseppe D'Avanzo in „I Giorni di Gladio (Die Tage von Gladio), Rom 1991, vollauf bestätigt.

Doch solche Lücken werden allenfalls Kenner der Szene entdecken.

„Ausbruch“ ist ein interessierter breiter Leserkreis zu wünschen.

Der spannende Krimi kann anregen, über die bis heute anhaltenden Folgen der verfehlten Strategie der Regierungszusammenarbeit der IKP mit der Großbourgeoisie, gegen die sich der ursprüngliche Widerstand der Gründergeneration der Brigade Rosse unter Curcio und seinen Genossen richtete, nachzudenken: Mit dem Versinken der einst kampfstarken italienischen Kommunisten in die Bedeutungslosigkeit.

Dominique Manotti: Ausbruch. Ariadne Kriminalroman, Argument Verlag 2013. 253 S. ISBN 9 783867 542180.

Gerhard Feldbauer

Gerhard Feldbauer befasste sich mit dem bewaffneten Kampf der radikalen Linken Italiens in mehreren Büchern, darunter „Agenten, Terror, Staatskomplott. Der Mord an Aldo Moro, Rote Brigaden und CIA“, PapyRossa 2000, und in der Kriminalerzählung „Warum Aldo Moro sterben musste. Die Recherchen des Commissario Palotta“, offensiv, Hannover 2008, Neuauflage Erich Weinert-Bibliothek der DKP Berlin 2011.

Mütter gegen den Krieg: Brigitte Queck: Die Ukraine im Fokus der NATO – Russland das eigentliche Ziel

Die ukrainischen Menschen kämpfen gegen den Faschismus in ihrem Lande.

Bei den kriegerischen Auseinandersetzungen in der Ukraine geht es, wie vordem bei den NATO-Aggressionskriegen gegen den Irak, Jugoslawien, Afghanistan, Libyen u.a. mit anschließenden 'Regimechanges' um einen Kampf des globalisierten Kapitals der US/NATO, die Ukraine ebenfalls zu neokolonialisieren.

Trotz unterschiedlicher Vorstellungen der EU einerseits und den USA andererseits bei der Erringung dieses Ziel schrecken beide nicht davor zurück, sich faschistischer Kräfte in diesem Lande und anderer Länder im Verbund mit der NATO zu bedienen, die den Willen des ukrainischen Volkes für Unabhängigkeit und Freiheit, gegen Faschismus und Krieg, wie sie in der UN-Charta jedem Staat der Welt zugesichert werden, um jeden Preis zu brechen.

Es gilt zu verstehen, dass es in der Ukraine NICHT um eine Auseinandersetzung zwischen pro-russischen und ukrainischen Kräften geht, wie uns bürgerliche Medien vorgaukeln, sondern um einen Kampf gegen den Faschismus, dem sich das Kapital bedient, um seine globale Herrschaft über alle Länder der Welt auszudehnen, so auch in der Ukraine.

Der ideologischen Auseinandersetzung zu dieser Problematik kann sich kein Friedensbewegter entziehen, denn es geht um unser aller Leben.

Diese und andere Fragen werden im Buch von Brigitte Queck: "Die Ukraine im Fokus der NATO - Russland das eigentliche Ziel" (ISBN-Nr. 9 783889 75231 4) aufgegriffen.

Verein "Mütter gegen den Krieg Berlin-Brandenburg"

Nachtrag zum Sonderheft 4-2014

Red. offen-siv: Informationen zu den Autoren Grover Furr und William B. Bland

Wir müssen um Entschuldigung bitten, denn wir haben versäumt, im Heft 4-2014 die Autoren vorzustellen. Darauf sind wir von unterschiedlichen Seiten vollkommen zu Recht angesprochen worden.

Wir holen das Versäumnis hier nach. (Red. offen-siv)

Gruver Furr:

Grover Furr ist ein US-amerikanischer Literaturwissenschaftler und Historiker. Geboren am 3. 4. 1944 in Washington D.C., studierte er Englisch an der McGill University in Montreal und schloss das Studium 1965 ab. Seit Februar 1970 ist er Professor an der Montclair State University in New Jersey, Unterrichtsgebiete: „Englische Literatur des Mittelalters“ und „Geschichte der Sowjetunion“. Er publiziert in englischer und russischer Sprache. Von dem konservativen Publizisten David Horowitz wird er zu den 101 gefährlichsten amerikanischen Akademikern gezählt.

Einige ausgewählte Literaturhinweise:

- „Khrushchev Lied. The Evidence That Every ‘Revelation’ of Stalin’s (and Beria’s) Crimes in Nikita Khrushchev’s Infamous ‘Secret Speech’ to the 20th Party Congress of the Communist Party of the Soviet Union on February 25, 1956, is Provably False”. Kettering, OH: Erythros Press & Media. 2011.
- „Stalin ve Demokrasi - Trotskiy ve Naziler“. Istanbul: Yazilama, 2012.
- “The Murder of Sergei Kirov: History, Scholarship and the Anti-Stalin Paradigm”. Kettering, OH: Erythros Press & Media. 2013.
- „The ‘Official’ Version of the Katyn Massacre Disproven? Discoveries at a German Mass Murder Site in Ukraine”. *Socialism and Democracy* 27(2) (August 2013): 96-129.
- „Stalin und der Kampf für demokratische Reformen“, offen-siv 4-2014, S. 6 – 62, Hannover 2014.

William B. Bland:

William B. Bland, geboren am 28. 4. 1916, gestorben am 13. 3. 2001, war ein britischer Marxist-Leninist. Er war zunächst Mitglied der Kommunistischen Parteien Neuseelands und Großbritanniens, war 1965 Mitbegründer der Kommunistischen Liga Großbritanniens und Anfang der 60er Jahre Gründer der „Albanien-Gesellschaft“, deren Geschäftsführer er drei Jahre nach ihrer Gründung wurde und bis zur Konterrevolution 1990 blieb. Er war Herausgeber der Zeitschrift der „Albanien-Gesellschaft“ und eines der Gründungsmitglieder der „Stalin-Gesellschaft“ in Großbritannien.

Einige ausgewählte Literaturhinweise:

- „Stalin, Mythos und Wirklichkeit“.
- „Die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion“.
- „Der so genannte Personenkult 1934 – 1952“.
- „Der Mord an Kirow“.
- „Prinzipien des Marxismus-Leninismus - ein Lehrgang“.

(Diese fünf Titel sind nur im Internet verfügbar.)

- „Die historische Bedeutung von Stalins `Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR““, offen-siv 4-2014, S. 63 – 90, Hannover 2014.

Frank Flegel, Egerweg 8, 30559 Hannover
Postvertriebsstück,
DPAG, H 14360
Entgelt bezahlt